

E+Z

MONATLICHES E-PAPER

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

E+Z

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

September 2018

RECHT

Weshalb für Deutschland
ein EZ-Gesetz sinnvoll
wäre

ENTWICKLUNGSHELFER

Dokumentation von
Fähigkeiten verbessert
Berufschancen langfristig

IWF

Die unterschiedlichen
Erfahrungen von
Argentinien und Brasilien



Entwicklungserfolge

Monitor

Konflikte und Klimawandel in der Tschadsee-Region | Vernachlässigte Tropenkrankheiten | Arabische Sicht auf Konflikte in Nahost | Mehr KfW-Geld für Entwicklung | CO₂-Steuer zur Finanzierung der SDGs | Heutzutage: Bedrohte Flusspferde | Impressum **4**

Debatte

Pakistans neuer Premierminister | Lage in der Türkei | Die Zukunft Simbabwe **12**

Tribüne

MARKUS KALTENBORN UND REINHARD HERMLE
Forderung nach deutschem Gesetz für Entwicklungspolitik **15**

GABI WAIBEL UND LUTZ SCHRADER
Entwicklungshelfer bilden sich durch ihren Einsatz weiter **17**

JORGE SABORIDO
Argentinens traumatische Erfahrungen mit dem Internationalen Währungsfonds **19**

CARLOS ALBUQUERQUE
Brasilens positive Erfahrungen mit dem Internationalen Währungsfonds **21**

Schwerpunkt: Entwicklungserfolge

INTERVIEW MIT HOMI KHARAS
World Poverty Clock spiegelt täglich Kampf gegen Armut wider **23**

BELAY BEGASHAW
Der MDG-Paradigmenwechsel **24**

MEEKAEEL SIPHAMBILI
Botswana besiegt Malaria **27**

B. KAGINA, H. HUSSEY, R. MULOIWA UND G. HUSSEY
Impfkampagnen wirken in Afrika **28**

INTERVIEW MIT ALISA KAPS
Weltbevölkerung wächst langsamer als früher **31**

ALPHONCE SHIUNDU
Afrikanische Alphabetisierungsraten steigen **33**

ASSANE DIAGNE
Senegal ist ein Vorreiter in Sachen demokratische Wahlen **34**

ESTHER DOPHEIDE
Spendenorganisationen müssen Ergebnisse sichtbar machen **35**

INTERVIEW MIT IMME SCHOLZ
Der Zusammenhang von Entwicklungserfolgen und Entwicklungshilfe **36**

HANS DEMBOWSKI
Hans Rosling zeigte, dass es der Menschheit besser geht als angenommen **38**

SCHWERPUNKT

Entwicklungserfolge

Armutsmessung mit Online-Tool

Die World Poverty Clock zeigt, wie viele Menschen weltweit der Armut entkommen. Homi Kharas, Berater des World Data Lab, das das Online-Tool entwickelt hat, stellt es vor. **SEITE 23**

Global denken, global handeln

Die Millennium Development Goals haben zu einem Paradigmenwechsel in der internationalen Zusammenarbeit geführt. Das erläutert Belay Begashaw vom afrikanischen Sustainable-Development-Goals-Zentrum in Kigali. **SEITE 24**

Fortschritte im Gesundheitsbereich

Botswana hat erfolgreich Malaria bekämpft, schreibt der Journalist Meekaeel Siphambili. Seit der Einführung des Expanded Programme on Immunization 1974 gibt es in Afrika deutlich weniger Krankheiten. Benjamin M. Kagina et al. von der Universität Kapstadt beschreiben die Lage. In jüngster Zeit gelingt auch der Kampf gegen Ebola besser, wie Hans Dembowski von E+Z/D+C kommentiert. **SEITEN 27, 28, 30**

Weltbevölkerung wächst langsamer

Überbevölkerung ist ein ernstes Thema, aber weniger bedrohlich, als früher prognostiziert. Alisa Kaps vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung beurteilt die Trends. **SEITE 31**

Halbvolle Gläser

In Subsahara-Afrika sind Alphabetisierung und Zugang zum Internet besser geworden. Trotzdem ist noch viel zu tun, schreibt der kenianische Medienexperte Alphonse Shiundu. Senegal hat freie Wahlen, aber laut Journalist Assane Diagne keine wirksame Gewaltenteilung. **SEITEN 33, 34**

Erfolge sichtbar machen

Spender wollen etwas bewirken. Hilfsorganisationen müssen daher nicht nur Not, sondern auch Erfolge sichtbar machen, schreibt Esther Dopheide von der Christoffel-Blindenmission. **SEITE 35**

Beitrag zu strategischer Debatte

Imme Scholz vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik war an der Delphi-Studie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung beteiligt. Im Interview spricht sie über deren Bedeutung. **SEITE 36**

Länger und erfüllt leben

Die Hälfte der heute in Japan geborenen Kinder wird vermutlich ihren 100. Geburtstag erleben, wie die Financial Times im August berichtete. Die Regierung in Tokio hat deshalb Strategien erarbeitet, um Chancen zu ergreifen und Risiken abzumelden. Offensichtlich werden soziale Sicherungssysteme – besonders Renten- und Krankenkassen – auf die Probe gestellt, aber auf der Habenseite steht, dass die Menschen wahrscheinlich länger fit und gesund bleiben. Sie werden in ihrem sozialen Umfeld, im öffentlichen Leben und der Verfolgung beruflicher Ziele länger aktiv sein.

Weltweit ist die Lebenserwartung dramatisch gestiegen. Einer Daumenregel zufolge werden Menschen heute 20 Jahre älter werden als vor zwei Generationen. Das liegt am breiter gewordenen Wohlstand. Die meisten Menschen sind heute besser ernährt, höher gebildet und gesundheitlich besser versorgt.

In reichen Ländern halten Menschen globale Entwicklungen tendenziell für bedrohlich, tatsächlich weisen aber viele Indikatoren auf gewaltigen Fortschritt hin. 1970 lebte etwa ein Drittel der Menschheit in bitterer Armut, aber heute beträgt der Anteil nicht ganz zehn Prozent. Zugleich hat sich die Weltbevölkerung auf rund 7,6 Milliarden mehr als verdoppelt. Das Bevölkerungswachstum hat sich derweil deutlich verlangsamt und dürfte in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts den Scheitelpunkt erreichen.

Eine friedliche Erde mit 10 Millionen Menschen, von denen niemand Hunger leidet, ist keine wilde Fantasie, sondern eine realistische Vision. Die Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) sind die UN-Agenda zu ihrer Verwirklichung.

Dass etwas möglich ist, bedeutet jedoch nicht, dass es geschieht. Um weiteren Fortschritt zu erreichen, müssen wir wissen, was schon geschafft wurde und wie das möglich war. Offensichtlich waren Welthandel, technischer Fortschritt und offene, faktenorientierte Debatte nützlich. Es ist eigenartig, dass das nicht generell gefeiert wird. Noch irritierender ist, dass selbst in Entwicklungskreisen der Begriff „Fortschritt“ oft gemieden wird. Ja, er hat einen Beiklang westlicher Arroganz und westlicher Machtansprüche. Die Kolonialmächte, die die Philosophie der Aufklärung hervorbrachten, agierten zugleich rassistisch, ausbeuterisch und gewalttätig. Diese historische Last bedeutet aber nicht, dass die Einsichten der Aufklärung falsch wären. Es wäre gut, anzuerkennen, dass die SDGs auf Fortschritt ausgerichtet sind und auf universellen – und eben nicht nur westlichen – Menschenrechten beruhen.

Weiterer Fortschritt ist nötig, aber nicht garantiert. Die SDGs sind existenziell wichtig. Es würde gewaltiges Leid auslösen, wenn wir uns von Aufgaben wie Klimaschutz, Armutsbekämpfung oder Weltfrieden abwendeten. Keine Nation könnte sich von den negativen Folgen abschirmen. Internationale Kooperation ist nicht etwas Schönes, dass wir uns leisten können, solange wir keine ernsteren Probleme haben. Internationale Kooperation ist nötig, um zu verhindern, dass bestehende Probleme nicht noch größer werden.

US-Präsident Donald Trump ist kein gutes Vorbild. Nullsummen-Denken, Nationalismus und Ablehnung multilateraler Abkommen führen in die Katastrophe. Spott über Experten und empirische Wahrheit werden 10 Milliarden Menschen nicht helfen, friedlich auf diesem Planeten zu leben. Die SDGs dagegen bieten nicht nur in Japan, sondern überall die Aussicht auf längere und erfüllte Menschenleben.

► Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z
Entwicklung und Zusammenarbeit/
D+C Development and Cooperation.
euz.editor@fazit-communication.de

Debatte



Unerfüllte Hoffnung

Die Menschen in Simbabwe knüpften große Hoffnung in die ersten Präsidentschaftswahlen, seit die Ära Robert Mugabe zu Ende gegangen ist. Der Wunsch nach politischer Freiheit und ökonomischem Aufschwung ist groß. Ob sich diese Hoffnungen mit dem neuen Präsidenten Emerson Mnangag erfüllen, ist zweifelhaft. Die Polizei schlug Proteste nach der Wahl gewaltsam nieder, berichtet Journalist Jeffrey Moyo.

SEITE 14

Tribüne



Unterschiedliche Erfahrungen mit IWF

Argentinien und Brasilien ähneln sich in vieler Hinsicht, aber ihre Erfahrungen mit dem Internationalen Währungsfonds sind grundverschieden. Jorge Saborido von der Universität Buenos Aires und Carlos Albuquerque von der Deutschen Welle schildern sie.

SEITEN 19, 21

Entwicklungsdienst als Lernort

Entwicklungshelfer erwerben bei ihren Einsätzen neue Kompetenzen. Eine Studie untersucht, wie der Entwicklungsdienst als Lernort noch motivierender und wirksamer gestaltet werden kann. Die Ergebnisse stellen Gabi Waibel von der Arbeitsgemeinschaft der Entwicklungsdienste (AGdD) und der Berater und Autor Lutz Schrader vor.

SEITE 17

KLIMAWANDEL

Teufelskreis am Tschadsee

In der Tschadsee-Region schwelen Konflikte, die durch den Klimawandel weiter verschärft werden. Ein Teufelskreis – denn diese Konflikte hindern die Bevölkerung wiederum daran, auf den Klimawandel zu reagieren. Das Forschungsinstitut adelphi macht diese Zusammenhänge in einer Studie deutlich und sucht nach Lösungsstrategien.

Von Lea Diehl

Unter Leitung von adelphi führt die Gruppe der sieben bedeutendsten Industrienationen der westlichen Welt (G7) derzeit eine Risikoanalyse in der Tschadsee-Region in Kamerun, Tschad, Niger und Nigeria durch. Mithilfe der Analyse sollen die Auswirkungen des Klimawandels auf die Lebensgrundlagen sowie dessen Einfluss auf Sicherheitsrisiken und die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung festgestellt werden. Nun liegt ein aktueller Zwischenbericht zur Lage in der Region vor, der den Klimawandel als Multiplikator bestehender Risiken und Spannungen sieht. Die Autoren meinen, dass er in Zukunft enormen Einfluss auf die Stabilität von Staaten und Gesellschaften nehmen kann.

Der Klimawandel rufe die Konflikte in der Tschadsee-Region zwar nicht un-

mittelbar hervor, verschärfe aber bestehende, heißt es in dem Bericht. Außerdem würden nachhaltige Entwicklung und Friedensbildungsprozesse zusätzlich erschwert. Allerdings seien die Rolle des Klimawandels in der Region und die politischen Zusammenhänge noch nicht ausreichend erforscht.

Das will die Risikoanalyse ändern. Ziel ist es, gemeinsam mit Akteuren vor Ort Möglichkeiten zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit in der Bevölkerung zu erforschen. Außerdem sollen Handlungsempfehlungen für außenpolitische Entscheidungsträger gefunden werden, wie mit Klima-Fragilitäts-Risiken angemessen umzugehen ist. Die Autoren wollen außerdem sicherstellen, dass die humanitäre und offizielle Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA) so adressiert wird, dass sie sowohl kurz- als auch langfristig angemessen auf die Auswirkungen des Klimawandels in der Region reagieren kann.

SICHERHEITSRISIKEN

Die Region am Südrand der Sahara ist von Armut, niedrigem Bildungsstand und schwacher sozioökonomischer Entwicklung geprägt. Mehr als sieben Millionen

Menschen litten der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) zufolge im vergangenen Jahr unter einer unzureichenden Nahrungsmittelversorgung. In Folge jahrzehntelanger politischer Marginalisierung hat die Bevölkerung das Vertrauen in die Regierung verloren. Viele können sich mit politischen Institutionen nicht identifizieren.

All das hat dazu geführt, dass bewaffnete Oppositionsgruppen wie die islamistische Boko Haram in der Region stark wurden und Anhänger rekrutieren konnten, zunächst in Nigeria, später auch über die Landesgrenzen hinweg. Gruppen wie die Boko Haram gefährdeten die Sicherheit der Region enorm. Sie terrorisieren die Bevölkerung durch Vergewaltigungen und systematische Exekutionen. Ihnen gegenüber stehen militante Bürgerwehrguppen, die sich zur Selbstverteidigung gebildet haben. Konflikte zwischen dem nigerianischen Staat, Bürgerwehrguppen und Oppositionsgruppen verschlimmerten die Spannungen weiter, so der Bericht.

Die Sicherheitslage hat starke Auswirkung auf die Resilienz der Bevölkerung. Der Terror sowie die Kontrolle über Ressourcen führen zu Flucht und Vertreibung, sowohl innerhalb der Länder als auch über die Landesgrenzen hinaus, erklären die Autoren. Durch die Fluchtbewegungen entstünden neue Konflikte und ein Wettbewerb um Ressourcen – zwischen Geflüchteten und der lokalen Bevölkerung.

Die bestehenden Konflikte tragen dazu bei, dass die Bevölkerung die Herausforde-



Ein Fischer und sein Sohn auf dem Tschadsee im Tschad.

rungen durch den Klimawandel in der Region nicht bewältigt kann, heißt es in dem Bericht. Der Klimawandel erschwere die Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen. Hinzu komme, dass der Zugang zu Ressourcen durch die Konfliktparteien kontrolliert werde.

Gruppen wie Boko Haram kontrollieren Territorien und schwächen die Ökonomie in der Region. Sie zerstören die Ernte und die Infrastruktur wie Straßen, was es den Händlern unmöglich macht, ihre Waren zu transportieren. Dies hat verheerende Folgen für die Lebensmittelsicherung in der Region, wo 80 bis 90 Prozent der Bevölkerung von Landwirtschaft, Fischerei und Viehzucht leben. Diese Branchen leiden zusätzlich stark unter den Klimaveränderungen, so der Bericht.

EXTREME VERÄNDERUNG

Der Klimawandel hat dazu geführt, dass sich das Tschadbecken flächenmäßig extrem verändert hat. Der Wasserstand des Sees ist immer schwerer vorherzusehen,

das Klima schwankt sehr und die Niederschläge variieren stark. Das Tschadsee-Becken konstituiert sich aus acht Prozent des afrikanischen Kontinentes und umfasst dabei verschiedenste Klimazonen: Wüste im Norden, aber auch feuchte Hitze im Süden. Die Unvorhersehbarkeit der Niederschläge stellt die lokale Bevölkerung vor große Herausforderungen und hat verheerende Folgen für die Nahrungsmittelwirtschaft.

Wenn dieser Teufelskreis aus Klimawandel und Konflikten nicht unterbrochen wird, wird sich die aktuelle Krise verstärken und die Region weiter in Instabilität zerfallen. Die Autoren raten, für zukünftige Lösungen vier Aspekte zu berücksichtigen:

- Bewaffnete Gruppen besitzen eine hohe Anpassungsfähigkeit. Sie erweisen sich als äußerst widerstandsfähig und entwickeln Strategien, um auf Veränderung zu reagieren.
- Es haben sich zahlreiche Selbstverteidigungsarmeen als Reaktion gegen die bewaffneten Gruppen gebildet. Ihre zu-

künftige Rolle innerhalb der Konflikte und in Bezug auf Stabilität ist noch sehr unklar – so wie die Frage, ob sie sich später wieder demobilisieren lassen, wenn die Gefahr der bewaffneten Gruppen geringer ist.

- Es gibt eine zunehmende Urbanisierung und Umsiedlungsprozesse, die gemeistert werden müssen. Dies beinhaltet die Herausforderung, nachhaltige Lebensräume für die Menschen in den Städten zu schaffen sowie Geflüchteten eine Rückkehr in ursprüngliche Gebiete zu ermöglichen.

- Außerdem sei es wichtig, humanitäre Hilfe und ODA transparent und langzeitorientiert zu gestalten. Dabei müssten vor allem die Ursachen der Krise in den Blick genommen werden.

LINK

Chitra Nagarajan et. al.: Climate-Fragility Profile: Lake Chad Basin

<https://www.adelphi.de/de/system/files/mediathek/bilder/Lake%20Chad%20Climate-Fragility%20Profile%20-%20adelphi.pdf>



Werden Sie
unser Fan auf
Facebook!



Fehlendes Vertrauen

Janani Vivekananda im Interview mit Lea Diehl

Was sind die größten Gewalttrisiken in der Tschadsee-Region?

Ressourcenverknappung, unsichere Lebensgrundlagen und extreme Armut führten dazu, dass sich Spannungen zwischen und innerhalb der Gruppen von Viehhaltern, Landwirten und Fischern in der Region verstärkten – oft bis hin zu Gewalt. Innerhalb der Gesellschaft und auch in Familien beobachten wir zunehmend Spannungen. Auch Zwangsheiraten haben in der Region zugenommen. Fernerhin wird Gewalt zwischen den Generationen sichtbar: Wenn junge Männer kein Geld und keine Jobs haben, machen sie die ältere Generation für diese und andere Probleme verantwortlich – und umgekehrt. Auch ethnische Konflikte treten vermehrt auf, sowohl innerhalb als auch zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Hinzu kommen Konflikte zwischen der lokalen Bevölkerung und der Regierung: Die Bevölkerung erfährt, dass die Regierung sie nicht ausreichend vor bewaffneten Gruppen wie Boko Haram schützen kann.

Wie hängt der Klimawandel mit diesen Problemen zusammen?

Zunehmend unsichere Lebensgrundlagen und soziale Spannungen sind eng mit Konflikten und schwankendem Wetter verbunden. Bereits bevor Boko Haram in der Region stark wurde, nahmen Wetterchwankungen zu. Aber mit Ausnahme einzelner Gruppen – wie zum Beispiel Hirten – war

die Bevölkerung zuvor besser in der Lage, sich anzupassen und mit Veränderungen umzugehen. Nichtsdestotrotz haben Wetterbedingungen – nämlich unkalkulierbare Regenfälle – dazu geführt, dass einige Methoden der Existenzsicherung unrentabel geworden sind und sich Möglichkeiten dadurch verringerten. Die Menschen in der Region haben schon immer versucht, sich mit unterschiedlichen Lösungen auf Umweltbedingungen einzustellen und ihre Lebensgrundlage weiterhin zu sichern. Aber durch den Konflikt und den Klimawandel sind sie dazu nicht länger in der Lage. Zum Beispiel gibt es Fischer, die gerne auf Landwirtschaft umsteigen würden. Aber das können sie nicht, wenn Boko Haram oder staatliche Sicherheitskräfte den Zugang zum Agrarland einschränken. Durch den Klimawandel und den Konflikt nimmt der Kampf um natürliche Ressourcen zu und Lebensgrundlagen werden unsicherer. Eine destruktive Bewältigungsstrategie ist die Abholzung zum Holzkohleverkauf. Dieser Aspekt wird oft übersehen, hängt mit dem Klimawandel jedoch eng zusammen. Interviews mit ehemaligen Boko-Haram-Kämpfern geben Hinweise darauf, dass die Gefährdung von Lebensgrundlagen letztlich dazu beiträgt, sich bewaffneten Gruppen wie Boko Haram anzuschließen.

Was kann getan werden, um diese Risiken zu reduzieren?

Um Lösungen zu finden, müssen wir nach den Ursachen suchen. Derzeit gibt es viel hu-



manitäre Unterstützung. Natürlich brauchen die Menschen Nahrung und Unterbringung. Aber es genügt nicht, sich nur kurzfristig darauf zu konzentrieren, den Alltagsbedarf zu decken. Wenn der Klimawandel und die Unsicherheiten in der Region nicht angegangen werden, verschlimmern sich die Probleme weiter. Dabei ist es auch wichtig, die historische Marginalisierung in der Region nicht außer Acht zu lassen. Die Menschen dort werden politisch vernachlässigt, lokale Gemeinschaften werden seit langem ausgeschlossen. Die Grundversorgung der Menschen muss gewährleistet werden und sie brauchen einen klimagerechten Lebensraum. Gleichzeitig müssen die Menschen erfahren, dass sie ein Mitspracherecht haben und zur Gesellschaft dazugehören.

Was sind Aufgaben der Zivilgesellschaft und der internationalen Gemeinschaft?

Auf lokaler Ebene wird bereits viel gute Arbeit getan. Viele Gruppen machen sich für Menschenrechte stark und setzen sich für Agrarwirtschaft und Lebensmittelsicherheit ein. Die große Herausforderung ist der

Mangel an Informationen darüber, wie verschiedene Risiken in der Region zusammenwirken. Lokale Gemeinschaften brauchen Möglichkeiten und verlässliche Beratung, um auf den Klimawandel adäquat zu reagieren. Es ist zu wiederholen, dass ihre Lebensgrundlagen klimasicher gemacht werden müssen. Aufgabe der internationalen Gemeinschaft ist es, sicherzustellen,

- dass regelmäßige Klimarisikogutachten vorgenommen werden und
- dass darauf auch Aktionen folgen.

Abgesehen von der adelphi-Studie sind die Klima- und Fragilitätsrisiken der Region nicht ausreichend erforscht. Geldgeber sollten sicherstellen, dass die Menschen sich den Herausforderungen stellen können. Hierzu werden auch institutionelle Kapazitäten und lokale Führungskräfte gebraucht.



JANANI VIVEKANANDA
ist Senior Advisor bei adelphi, einem

unabhängigen Thinktank aus Berlin.

vivekananda@adelphi.de

VERNACHLÄSSIGTE TROPENKRANKHEITEN

Vergessene Patienten

Laut der Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization – WHO) sind 1,5 Milliarden Menschen weltweit von vernachlässigten Tropenkrankheiten wie Schistosomiasis oder Afrikanischer Trypanosomiasis betroffen. Medikamente sind nur ein Teil der Lösung.

Von Monika Hellstern

240 Millionen Menschen weltweit leiden unter Schistosomiasis, auch Bilharziose genannt, einer von parasitären Würmern verursachten Krankheit. Laut WHO leben mehr als 700 Millionen Menschen in Gegenden, in denen sie endemisch ist. Die Krankheit wird durch kontaminiertes Wasser verbreitet.

Eine Behandlung mit Tabletten tötet den Wurm. Für Kinder unter sechs Jahren sind diese allerdings nicht zugelassen. Jutta Reinhard-Rupp, Leiterin des Global Health Instituts beim deutschen Pharmakonzern Merck, ist Teil eines Konsortiums, das derzeit eine neue Rezeptur des Medikaments Praziquantel entwickelt. Diese kleinere und besser schmeckende Tablette wäre für Kinder angenehmer und würde mehr genommen.

Leider badeten viele der behandelten Patienten später wieder in kontaminiertem Wasser, sagt Reinhard-Rupp und fügt hinzu: „Medikamente allein reichen nicht aus. Wir müssen auch in Bewusstseinsbildung und Prävention investieren.“

Vernachlässigte Krankheiten werden durch Viren, Bakterien, Protozoen und parasitäre Würmer verursacht und betreffen vor allem arme Menschen in Afrika, Asien und Amerika (siehe D+C/E+Z e-Paper 2018/03, S. 28). Krankheiten in reichen Ländern erhalten mehr Aufmerksamkeit. Lange hatte der Kampf gegen HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria Priorität für die UN. Entsprechend gab es kaum Mittel für die Erforschung und Prävention vernachlässigter Krankheiten. Für sie waren zwischen 2000 und 2011 nur vier Prozent der 850 weltweit neu zugelassenen Medikamente bestimmt.

Gemeinnützige Organisationen wie die Drugs for Neglected Diseases initiative

(DNDi) versuchen, diese Lücke zu schließen. DNDi entwickelt mit der Unterstützung von Gebern neue Medikamente. Zusammen mit dem Pharmariesen Sanofi arbeitet DNDi an einer Behandlung der Afrikanischen Trypanosomiasis oder „Schlafkrankheit“. Ein neues Medikament wurde getestet und wird derzeit von der Europäischen Arznei-



Dorfbewohner in Äthiopien werden von mobilen Gesundheitsteams über die bakterielle Augeninfektion Trachom aufgeklärt, die unbehandelt zu Erblindung führt.

mittelagentur geprüft. „Wir glauben, dass es zur Beseitigung der Krankheit beitragen wird“, sagt Graeme Bilbe, Direktor für Forschung und Entwicklung bei DNDi. „Wenn wir uns ambitionierte Ziele setzen und Regierungen, Forscher, Pharmaunternehmen und Generikahersteller zusammenbringen, können wir Großes schaffen.“

Für Thomas Gebauer, Leiter der internationalen Nichtregierungsorganisation medico international, sind gewerbliche Schutz- und Urheberrechte Teil des Problems: „Das Patentsystem ermöglicht es Pharmaunternehmen, die Preise zu erhöhen und sich auf zahlungskräftige Patienten zu konzentrieren.“ Dabei wird die Innovation in anderen Bereichen gedämpft. „Wettbewerber versuchen, sich durch Patente auf leicht veränderte Versionen bestehender Medikamente Zugang zu lukrativen Märkten zu verschaffen.“ Laut Gebauer bringen 50 Prozent der neu entwickelten Medikamente keine Verbesserungen. Er fordert einen öffentlich finanzierten Forschungs-

pool. Zudem kann zivilgesellschaftlicher Druck helfen. Erst durch solches Engagement seien antiretrovirale Aids-Behandlungen in Entwicklungsländern bezahlbar geworden, so Gebauer.

Medikamente sind nur ein Teil der Lösung. „Vernachlässigte Krankheiten sind vernachlässigte Patienten“, sagte Franz von Roenne, GIZ-Experte für globale Gesundheit, bei einer Veranstaltung von GIZ, hrinfo und Frankfurter Rundschau im August. Schlechte Infrastruktur, Misswirtschaft und Korruption hindern viele Menschen am Zugang zu Tabletten. Mit Unterstützung der GIZ hat Kamerun regionale Fonds zur Ge-

sundheitsförderung eingerichtet. Sie binden Gemeindevertreter in ländlichen Gebieten ein. Damit konnte die Verteilung von Arzneimitteln dezentralisiert werden.

Letztlich sind soziale Faktoren entscheidend. Angemessener Wohnraum, sauberes Wasser und sanitäre Einrichtungen, nährstoffreiche Lebensmittel, Arbeitsbedingungen, Bildung und andere Faktoren beeinflussen die Gesundheit in hohem Maße. Dies erfordert einen integrierten, sektorübergreifenden Ansatz, der zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung beitragen würde. Nicht-übertragbare Krankheiten wie Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Adipositas entwickeln sich in Entwicklungsländern zunehmend zu einem Problem (siehe auch Printausgabe 2018/03-04 sowie Online-Dossier zu nicht-übertragbaren Krankheiten).

LINK

Drugs for Neglected Diseases (DNDi):
<https://www.dndi.org>

PERSPEKTIVEN

Krieg und Chaos in Nahost

Im Westen gilt die Zeit seit dem Ende des Kalten Krieges als eine der friedlichsten in der Geschichte. Der deutsch-syrische Journalist Aktham Suliman nimmt in seinem kürzlich erschienenen Buch „Krieg und Chaos in Nahost – eine arabische Sicht“ eine andere Perspektive ein. Ihm zufolge brachte das vergangene Vierteljahrhundert dem Nahen und Mittleren Osten Krieg und Chaos.

Von Dagmar Wolf

In den Augen des ehemaligen Al-Dschasira-Korrespondenten Suliman brach Anfang der 1990er Jahre mit dem sogenannten „Zweiten Golfkrieg“ der „Dritte Weltkrieg“ aus. Doch anders als beim Ersten und Zweiten Weltkrieg sei diesmal der Krisenherd Naher und Mittlerer Osten Haupt- und nicht Nebenschauplatz. Daher sei dieser Weltkrieg für viele im Westen nicht als solcher sichtbar. Erschwerend komme hinzu, dass über längere Zeiträume, aus verschiedenen Anlässen und an verschiedenen Fronten gekämpft wurde und noch immer gekämpft wird.

Der Autor zieht eine Verbindungslinie zwischen dem Zweiten Golfkrieg, den Angriffen vom 11. September, dem Irak-Krieg, dem arabischen Frühling und der Terrorgruppe ISIS. Mit dem Zweiten Golfkrieg hätten viele spätere Ereignisse zwischen der arabisch-

islamischen Welt und dem Westen ihren Lauf genommen, schreibt Suliman und nennt den Krieg im Irak wie auch die Proteste des arabischen Frühlings als Beispiele.

Beim Zweiten Golfkrieg kämpften auf Seiten der Anti-Irak-Koalition etwa 700 000 Soldaten aus über 30 Ländern unter Führung der USA. Innerhalb weniger Wochen hätten angreifende US-Kampfflugzeuge eine größere Bombenlast abgeworfen als während des gesamten Zweiten Weltkriegs und dabei nicht nur Militäreinrichtungen, sondern auch Industrieanlagen und zivile Infrastruktur wie Elektrizitäts- und Wasserversorgungsanlagen und Verkehrswege in Schutt und Asche gelegt. Medial wurde dies reißerisch in Szene gesetzt durch Live-Übertragungen in die Wohnzimmer der Welt.

Der Autor sagt, dass sich angesichts dieser „Steinzeitstrategie“ gegenüber dem Irak und einer steigenden Zahl ziviler Opfer die Sichtweise der arabischen Welt gegenüber dem Westen verändert habe. Es verbreitete sich der Eindruck, dass der Westen den Irak zerstört hatte, um der gesamten arabischen Welt zu signalisieren, wer das Sagen hat, wenn es um die Durchsetzung politischer und ökonomischer Interessen in der Nahost-Region geht, schreibt Suliman.

Seiner Einschätzung nach verstärkten die Reaktionen auf die Terroranschläge vom

11. September 2001 diese Sichtweise. Denn im Westen wurden neben kollektiver Trauer die Rufe nach Rache immer lauter, und innerhalb kürzester Zeit standen Muslime unter Generalverdacht. Praktisch über Nacht seien mehr als einer Milliarde Menschen auf der Welt – Arabern wie Nichtarabern – ihre Staatsbürgerschaft aberkannt worden: „Syrier, Ägypter, Türken, Pakistaner, Iraner, Senegalesen und viele andere mehr mutierten plötzlich in den Augen westlicher Medien, Politiker und Gesellschaften schlicht und einfach zu Nur-Muslimen.“ Durch diese plötzliche Ablehnung durch den Westen bekam der Islam für viele Muslime eine neue, tiefgreifende Identifikationsfunktion. Die Vorurteile auf beiden Seiten schaukelten sich immer höher.

Das vergangene Vierteljahrhundert führte nach Ansicht des Autors zur einer ideologischen Neuorientierung: Die arabische Linke verlor mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ihre ideologische Rückendeckung, und der arabische Nationalismus scheiterte mit dem Zweiten Golfkrieg. Suliman spricht von dem fast vollständigen Fehlen einer Ideologie im Nahen Osten. Dies führte seiner Meinung nach zum Erstarken einer islamistischen Strömung als Ersatzideologie. Da Wahhabiten, Moslembroder und fundamentalistische Schiiten recht unterschiedliche Versionen davon vertreten, kann von Kohärenz allerdings keine Rede sein.

Suliman betont, er wolle innerarabische Konflikte nicht kleinreden, und es gehe ihm auch nicht um die Frage nach Schuld oder Fehlern des Westens. Dennoch hätte sich die Nahost-Region ohne den Einfluss des Westens nicht so entwickelt, wie sie heute sei. Die mediale Visualisierung militärischer Auseinandersetzungen und die sprachliche Banalisierung kriegerischer Gewalt auf westlicher Seite habe Kontragruppen wie ISIS auf nahöstlicher Seite heraufbeschworen, meint der Autor.

Bewusst spricht der Journalist in seinem Buch von „einer“ und nicht von „der“ arabischen Sicht, denn er will seine Sicht nicht auf die über 400 Millionen Araber übertragen, die im Nahen Osten und im Ausland leben. Denn: Es gibt immer mehrere Sichtweisen auf ein und dieselbe Situation. Entsprechend kämpfen in den regionalen Konflikten Islamisten unterschiedlicher Prägung gegeneinander.

BUCH

Suliman, A., 2017: Krieg und Chaos in Nahost – eine arabische Sicht. Frankfurt: Nomen Verlag.



Der Umgang des Westens mit den Menschen im Nahen Osten ist zutiefst entscheidend für die Entwicklung in der Region: Gefangenennahme während des Zweiten Golfkriegs.

FINANZIELLE ZUSAMMENARBEIT

Mehr Geld für Entwicklung

Im Jahr 2017 haben die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und ihre Tochtergesellschaft, die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG), 9,7 Milliarden Euro für neue Entwicklungsprojekte zugesagt.

Von Monika Hellstern

Fast 40 Prozent des Geldes, rund 3,7 Milliarden Euro, werden in Subsahara-Afrika, Nordafrika und im Nahen Osten eingesetzt. Dort verzeichnete die Bank das größte Wachstum an Zusagen. „Fluchtursachenbekämpfung“ und friedensbildende Maßnahmen werden zunehmend wichtiger. Schwerpunkte der Bank waren im letzten Jahr Frieden und Sicherheit, berufliche Bildung und Beschäftigung sowie Klima- und Umweltschutz.

Die Unterstützung von Flüchtlingen ist zu einem wichtigen Teil der Arbeit der KfW geworden. Derzeit gibt die Bank mehr als 3 Milliarden Euro für 117 Projekte mit Flüchtlingen in 28 Ländern aus. In einem Pressegespräch sprach KfW-Vorstand Joachim Nagel über das Flüchtlingslager Zaatari in Jordanien. Dort leben etwa 78 000 syrische Flüchtlinge. „Junge Leute in diesen Lagern brauchen Arbeit“, sagt er. KfW-Projekte unterstützen das Camp mit Wasser- und Strominfrastruktur sowie Bildungsprogrammen.

In fragilen Kontexten müssen Geber schnell und effizient eine grundlegende physische und soziale Infrastruktur bereitstellen. Bürokratische Prozesse verlangsamen die Umsetzung häufig. Laut Nagel sind Gespräche mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Gange, um effizientere Verfahren in Notsituationen zu ermöglichen. Er begrüßt, dass die Entwicklungspolitik in der deutschen Öffentlichkeit an Bedeutung gewonnen hat.

Die KfW will bei ihren Projekten im Ausland nachhaltig handeln. Mehr als die Hälfte der Mittel für Projekte in Entwicklungs- und Schwellenländern wurden für Klimaschutz und Umweltschutz bereitgestellt. „Dieser Anteil ist im Vergleich zu

anderen Gebern hoch“, sagt Nagel. „Die im Jahr 2017 eingegangenen Verpflichtungen werden dazu beitragen, die CO₂-Emissionen um 13,7 Millionen Tonnen zu reduzieren.“

Um die Emissionen noch weiter zu senken, will die Bank ihre klimabezogenen Projekte weiter ausbauen, zum Beispiel in den Bereichen Waldschutz und erneuerbare Energien. Darüber hinaus hat die KfW den InsuResilience Solutions Fund zur Unterstützung der InsuResilience Initiative gegründet, die im vergangenen Jahr auf dem

im Zusammenhang mit der KfW.“ Die Bank werde mit zusätzlichen Schulungsmaßnahmen sicherstellen, dass die Mitarbeiter den Verhaltenskodex der KfW einhalten.

Digitale Technologien werden immer wichtiger für deutsche Durchführungsorganisationen. Die DEG unterstützt die Entwicklung des Privatsektors in Entwicklungs- und Schwellenländern. „2018 wollen wir uns noch stärker darauf konzentrieren, unsere Partner bei der Umsetzung innovativer Geschäftsmodelle zu unterstützen, einschließlich digitaler Technologien, zum Beispiel FinTech (Finanztechnologien) oder eLearning“, sagt Christiane Laibach, Sprecherin der DEG-Geschäftsführung.

Anfang des Jahres investierte die DEG 4 Millionen Euro in einen Anbieter mobiler Bezahlssysteme in Äthiopien. M-BIRR ist,



Im Zaatari-Flüchtlingslager, Jordanien, kauft ein Mann bargeldlos in einem Supermarkt ein, der mit Technik zur Iris-Erkennung arbeitet.

UN-Klimagipfel in Bonn eingeleitet wurde. Ziel ist es, die Entwicklung innovativer Versicherungsprodukte zur Versicherung von Klimarisiken zu unterstützen. Davon sollen 400 Millionen arme und schutzbedürftige Menschen in Entwicklungsländern profitieren (siehe auch Chinedu Moghalu in E+Z/ D+C e-Paper 2018/07, S. 23).

Nagel ging auf die jüngste Diskussion über sexuellen Missbrauch in der Entwicklungshilfe ein. „Ich nehme das Thema sehr ernst“, betont er. „Wir haben das Problem intern untersucht und es gab keine Fälle

ähnlich wie Kenias M-Pesa, ein bargeldloser Geldtransfer- und Bezahlendienst, mit dem Nutzer per Handy bezahlen können. Die DEG unterstützt auch deutsche kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bei Investitionen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Sie haben sogenannte „German Desks“ mit Partnerbanken in Nigeria, Kenia, Bangladesch, Indonesien und Peru eingerichtet. Um Investitionen zu erleichtern, hilft ein Bankangestellter deutschen KMU und ihren lokalen Partnern bei Bankdienstleistungen und Finanzierungen.

SDG-FINANZIERUNG

Kohlenstoffpreis für nachhaltige Entwicklung

Um die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) zu erreichen, sind pro Jahr mehrere Billionen Dollar nötig. Viele Entwicklungsländer stellt das vor finanzielle Schwierigkeiten. Für sie könnte laut einer kürzlich veröffentlichten Studie die Besteuerung von Kohlenstoffemissionen die Lösung sein. Eine solche CO₂-Bepreisung würde zwei Herausforderungen zugleich angehen: die globale Erwärmung und die Unterversorgung mit öffentlichen Gütern.

Von Katja Dombrowski

Viele Entwicklungsländer subventionieren fossile Treibstoffe und schaffen damit Anreize für einen verschwenderischen Umgang – was nachhaltige Entwicklung behindert. In manchen Ländern, etwa in Libyen und dem Iran, betrugen die Subventionen 2014 laut der Internationalen Energieagentur fast ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts.

Ein Team von deutschen Klimawissenschaftlern fordert, derartige schädliche Subventionen überall auf der Welt zu streichen. Umgekehrt sollten Kohlenstoffemissionen mit einer Steuer belegt werden, deren Höhe sich an dem Ziel des Pariser Klimaabkommens orientiert, die Erderwärmung auf unter zwei Grad Celsius zu begrenzen. Laut

Hauptautor Max Franks und seinen Koautoren vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und dem Mercator Institute on Global Commons and Climate Change würde eine solche Steuerreform in einer ganzen Reihe von Ländern ausreichen, um einen Großteil der öffentlichen Gelder aufzubringen, die für die Implementierung der Agenda 2030 notwendig sind: in Vietnam, Bangladesch und Pakistan zwischen einem Viertel und einem Drittel und in Indien sogar 95 Prozent. In manchen Ländern würde es sogar schon reichen, die Subventionen zu streichen – zum Beispiel in Kap Verde und Ägypten.

Bei der dritten UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba 2015 hat die internationale Gemeinschaft beschlossen, jegliche Finanzierungsmöglichkeiten für nachhaltige Entwicklung zu nutzen. Doch der Addis Ababa Action Agenda mangelt es an verbindlichen Zusagen (siehe Kommentar von Bernd Bornhorst in E+Z/D+C e-Paper 2015/08 S. 43). Drei Jahre später bestehen noch immer riesige Finanzierungslücken. Die neue Studie geht davon aus, dass Entwicklungsländer den Hauptteil der Kosten für die SDG-Agenda tragen müssen, und schlussfolgert: „Die Mobilisierung inländischer Ressourcen, vor allem durch erhöhte Steuereinnahmen, wird daher eine zentrale Rolle spielen.“

Das UN Sustainability Development Solutions Network (SDSN) schätzt, dass Länder mit geringem und niedrigem mittlerem Einkommen zusammen rund 1,5 Billionen Dollar pro Jahr brauchen, um die SDGs bis 2030 zu erreichen. Inwieweit Klima-Abgaben dazu beitragen können, diese Mittel zu generieren, hängt von vielen Faktoren ab und ist von Land zu Land sehr unterschiedlich. Manche Bereiche eignen sich besser als andere für Privatinvestitionen. So werden private Unternehmen eher zu Verbesserungen der Infrastruktur und Ernährungssicherheit beitragen, als die öffentliche Gesundheit oder die Biodiversität voranzubringen.

Laut der Studie ist der Bedarf für öffentliche Finanzierung in Ländern mit geringem Einkommen besonders hoch. Länder wie Myanmar, Äthiopien, Eritrea, Burundi, der Tschad und Somalia bieten nur wenige Möglichkeiten für privatwirtschaftliche SDG-Finanzierung. Dort wäre eine CO₂-Bepreisung interessant.

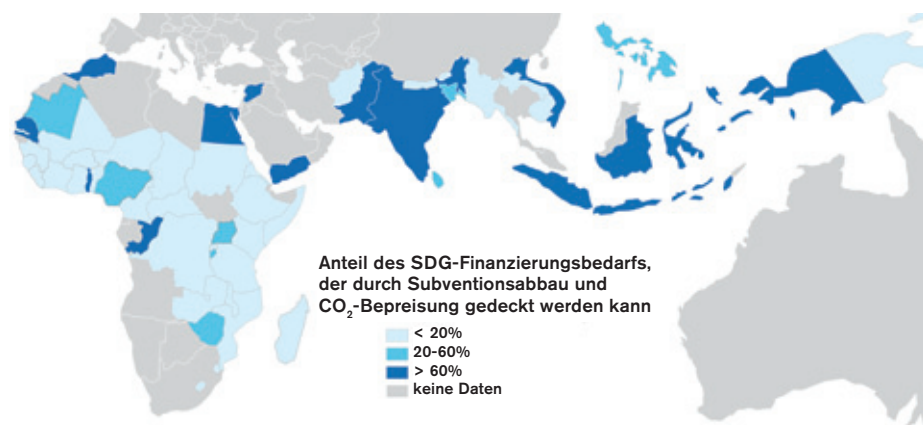
Die Autoren räumen ein, dass die vorgeschlagenen Reformen eine politische Herausforderung darstellen. Außerdem stünden nicht alle so generierten Mittel für die Umsetzung der SDGs zur Verfügung – zum Beispiel weil diejenigen, die stark unter einer CO₂-Abgabe leiden würden, Ausgleichszahlungen erhalten müssten.

Die Klimawissenschaftler betonen jedoch, dass eine erfolgreich eingeführte CO₂-Steuer auch positive Nebenwirkungen hätte: Sie würde beispielsweise die Effizienz des Steuersystems in Ländern mit einem großen informellen Sektor erhöhen, da Energiesteuern wesentlich schwieriger zu umgehen sind als Steuern auf Arbeit oder Kapital. Die Autoren sprechen sich für eine Entwicklungspolitik aus, die lokales Capacitybuilding in den Mittelpunkt stellt, auch bei der Steuerverwaltung, und schreiben: „Wenn eine solche politische Maßnahme auf nationaler Ebene Erfolg hat, wäre eine gemeinsame Verpflichtung zur Kohlenstoff-Bepreisung auch auf internationaler Ebene denkbar.“

QUELLE

Franks, M. et al., 2018: Mobilizing domestic resources for the Agenda 2030 via carbon pricing. *Nature Sustainability*, Vol. 1, July 2018, 350-357.

<https://www.nature.com/articles/s41893-018-0083-3>



Bedrohte Flusspferde

Am Tanganjikasee in Burundi sind innerhalb von nur zwei Jahren mehr als 20 Flusspferde getötet worden. Menschen bedrohen den Lebensraum der Tiere und sehen sie als Gefahr an.

Der Tanganjikasee ist der zweitgrößte See in Afrika. Burundi teilt ihn sich mit Tansania, Sambia und der Demokratischen Republik Kongo. In ihm leben sehr viele Tierarten, darunter auch zwischen 500 und 600 Flusspferde. Doch die Menschen besiedeln das Seeufer und nehmen den massigen Säugetieren dadurch Rückzugsgebiete und Weidegründe.

Seit einiger Zeit kommen Flusspferde, die nachts zur Nahrungsaufnahme das Wasser verlassen, bis in kilometerweit entfernte menschliche Siedlungen. Ein großer „Hippo“ wurde beispielsweise im vergangenen November in einem Wasserrückhaltebecken vor dem staatlichen Rundfunksender im Stadtviertel Kabondo der Hauptstadt Bujumbura gefunden – und auf Anweisung des Umweltministers erschossen. Die Begründung: Das Tier sei verletzt gewesen.



Seit 2016 wurden rund 20 Flusspferde getötet. Am Seeufer wurden Gräben ausgehoben, in die die Tiere, wenn sie aus dem Wasser kommen, hineinfallen. Manche Burundier schätzen auch ihr Fleisch.

Nach Ansicht des Umweltwissenschaftlers und Universitätsprofessors Gaspard Ntakimazi ist es höchste Zeit, die Flusspferde zu schützen, die Umweltverschmutzung einzudämmen und die Ufer des Sees nicht weiter zu besiedeln. Es sei sehr wohl möglich, die Tiere aus menschlichen Siedlungen, in denen sie sich in Teichen oder anderen Gewässern niederlassen, zurück in den See zu treiben. Man müsse ordentlich Lärm machen, sobald das Tier das Wasser verlasse, dann flüchte es zurück zu seiner Gruppe.

Die Bevölkerung wächst rapide und braucht Land. So haben Menschen zum Beispiel auch den Fluss Ruzizi besiedelt, der in den Tanganjikasee mündet. In dem Gebiet legen Fische und Krokodile ihre Eier ab, und auch Flusspferde nutzen es zur Fortpflanzung.

Samuel Ndayiragije, Leiter des staatlichen Umweltschutzamtes (office burundais pour la protection de l'environnement – OBPE), beklagt das schlechte Verhältnis zwischen Menschen und Wassertieren. Solange sie nicht angegriffen würden, seien Flusspferde gar nicht so gefährlich, wie die Burundier glaubten. Die Menschen müssten lernen, mit den bedrohten Tieren klarzukommen. Ndayiragije appelliert an die Bevölkerung, die Fortpflanzungsgebiete und Weidegründe der „Hippas“ nicht zu zerstören.

Eine Beachtung der burundischen Wasserrichtlinie würde die Probleme schon deutlich reduzieren. Sie untersagt, das Land im Abstand von 150 Metern vom Tanganjikasee und 50 Metern von Flüssen und Seen im Norden Burundis landwirtschaftlich zu nutzen oder zu bebauen. Die Realität sieht anders aus: Das Seeufer ist gesäumt von Wohnhäusern und Hotels.



MIREILLE KANYANGE
ist Journalistin und
Reporterin bei Radio
Isanganiro in Burundi.
mika.kanyange@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
59. Jg. 2018
Die Zeitschrift erscheint auf Englisch
als D+C Development and Cooperation.
Internet: www.DandC.eu
D 12 104 ISSN 0721-2178

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
D-53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:
Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,
Prof. Dr. Dirk Messner, Petra Pinzler, Hugh Williamson

VERLAG:
FAZIT Communication GmbH
Geschäftsführer: Peter Hintereder und Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:
Frankenallee 71–81
D-60327 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum
genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:
Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Sabine Balk,
Katja Dombrowski, Sheila Mysorekar, Eva-Maria Verfürth,
Dagmar Wolf (Assistenz)
Tel. (0 69) 75 01-43 66
Fax (0 69) 75 01-48 55
euz.editor@fazit-communication.de
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit
und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens sind die
Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (40%) und die Frankfurter
Societät GmbH (60%).
Artdirector: Sebastian Schöpsdau
Layout: Jan Walter Hofmann
Übersetzung: Eleonore von Bothmer

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@intime-media-services.de

DRUCK:
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4–6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in
E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and
Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit
Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei
Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen
Webseiten zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt
nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige
Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat
und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle
die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €,
Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).

REGIERUNGSWECHSEL

Extravagante Ikone der Vergangenheit

Im traditionellen Shalwar Qameez gekleidet und mit einer Gebetskette in der Hand trat Pakistans neuer Ministerpräsident Imran Khan sein Amt an. Er verspricht Wandel, und seine Bewegung für Gerechtigkeit „Pakistan Tehreek-e-Insaf PTI“ überholte in den Wahlen letzten Monat die beiden großen Parteien. Was der charismatische Führer erreichen wird, bleibt abzuwarten.

Von Afshan Subohi

Die Pakistanis sehnen sich nach Frieden und Wohlstand – und sie haben die Nase voll vom Establishment. In drei Wahlen wählten sie drei verschiedene Parteien an die Macht. Die Militärregierung endete 2008 mit Pervez Musharafs Rücktritt als Präsident. Kurz vor den Wahlen wurde Benazir Bhutto getötet, ihre Pakistan People's Party (PPP) gewann. Fünf Jahre später wurde die PPP abgewählt, und Nawaz Sharif von der Pakistan Muslim League Nawaz (PMLN) wurde Ministerpräsident. Nun hoffen alle, dass Imran Khan eine friedliche und produktive Zukunft bringt, was weder PPP noch PMLN gelang. Die PPP wird vom Bhutto-Clan dominiert, die PMLN von den Sharifs. Beide gelten zu Recht als korrupt. Ob die PTI anders ist, wird sich zeigen.

Khan war einst ein Cricketstar. Unter seiner Führung gewann das pakistanische Team 1992 die Weltmeisterschaft. Nach

Ende seiner Karriere entdeckte er die Politik für sich und machte sich als Philanthrop einen Namen. Erst kürzlich bekräftigte der frühere Playboy seinen muslimischen Glauben. Ein langjähriger Beobachter bezeichnet ihn als „extravagante Ikone der Vergangenheit“, die zu einem „einnehmenden Politiker“ geworden sei.

In seiner ersten Fernsehansprache an die Nation legte Khan den Schwerpunkt auf Sparsamkeit und Verantwortlichkeit. Er versprach, in einem kleinen Haus mit drei Schlafzimmern zu residieren und aus dem prunkvollen Ministerpräsidentenhaus in Islamabad eine Universität zu machen. Er brauche lediglich zwei Hausangestellte – im Gegensatz zu den 500 Bediensteten in dem luxuriösen Anwesen, das dem Regierungschef zustünde.

70 Minuten sprach er über Themen, die die Öffentlichkeit bewegen: Beschäftigung, Bildung, Landwirtschaft, Wasser, Gesundheitswesen und Umwelt. Er erwähnte auch die Inflation, den Haushalt und aktuelle Defizite – nicht jedoch die kontroversen wirtschaftspolitischen Themen. Er sagte nicht, ob er den Internationalen Währungsfonds (IWF) um Unterstützung bitten will oder nicht. Der pakistanische Wechselkurs ist rasant gefallen, die Devisen schwinden, eine Krise bahnt sich an. Im Wahlkampf versprach Khan, einen „Islamischen Wohl-

fahrtsstaat“ zu gründen – doch dem Land fehlen die Einnahmen für größere Investitionen in soziale Leistungen.

Er sprach auch den China-Pakistan Economic Corridor an, für den Peking enorme Kredite zugesagt hat. Anders als seine Vorgänger scheint ihn Chinas Engagement jedoch wenig zu begeistern. Wie er mit der Kreditlast umgehen will, sagte er nicht.

Khan kündigte an, die Regierung zu verschlanken und zu säubern. Whistleblower im öffentlichen Dienst – besonders bei den Steuerbehörden – sollen nicht nur rechtlichen Schutz erhalten, sondern auch mit Anreizen motiviert werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt, den Khan nicht ansprach, sind die militanten Islamisten, die in den vergangenen zwanzig Jahren für den Tod tausender Menschen verantwortlich waren. Auch sein außenpolitischer Ansatz bleibt vage; mehr als den Wunsch nach freundschaftlichen Beziehungen zu allen Nachbarn brachte er nicht hervor.

Das Volk ist von den vorhergehenden Regierungen enttäuscht und hofft nun auf Khan. Doch es gibt auch Zweifel. Ein Beobachter meint, die Welt werde unvorhersehbarer und beängstigender. Fehlgeleitete populistische Stimmungen hätten Narendra Modi in Indien und Donald Trump in den USA an die Macht gebracht. Er sieht Khan als dritte Ecke eines „Trouble-Dreiecks“. Dieser Beobachter wählte die PMLN, weil die Sharifs sich mit der militärischen Führung angelegt haben, wohingegen Khans Wahlkampf von Militärkreisen unterstützt wurde.

Ein Wirtschaftsboss will drei Monate abwarten, „ehe er Khan seine volle Unterstützung zusagt“. Seine Entscheidung hängt davon ab, wie der neue Ministerpräsident gegen Korruption vorgeht und das Geschäftsleben fördert. Laut einem Experten des privaten Thinktanks Pakistan Business Council ist ausschlaggebend, wie die PTI-Regierung die Probleme mit der Zahlungsbilanz in den Griff bekommt. Wenn das gelänge, könne die Wirtschaft nachhaltig um sieben Prozent jährlich wachsen. Leider ist das ein recht großes „Wenn“.



Imran Khans
Ansprache an
die Nation
am 19. August.



AFSHAN SUBOHI
ist eine pakistanische
Wirtschaftsjournalistin.

asubohi@hotmail.com

FINANZMÄRKTE

Türkischer Abwärtssog

Gemessen am Dollar, hat die türkische Lira in diesem Jahr etwa 40 Prozent ihres Werts verloren. Das hat mehrere Gründe. Die beiden wichtigsten sind die internationale Aufwertung des Dollars und steigenden Zinsen in den USA. Das große Problem ist, dass die türkische Wirtschaft in den vergangenen zehn Jahren von billigen Dollarkrediten angefeuert wurde.

Von Hans Dembowski

Im Zuge der globalen Finanzkrise von 2008 haben Anleger aus G7-Ländern viel Geld in Schwellenländer umgeleitet. Sie wollten höhere Erträge, als in den etablierten Wirtschaftsmächten angesichts niedriger Zinsen zu erwarten war. Zustrom ausländischen Kapitals machte Kredite in der Türkei und anderen Schwellenländern besonders billig. Der starke Dollar und steigenden Zinsen in den USA bedeuten nun, dass dieser Trend sich umgekehrt (siehe E+Z/D+C e-Paper 2018/08, S. 21). Angesichts ähnlicher Probleme hat die argentinische Regierung bereits den Internationalen Währungsfonds (IWF) um Unterstützung bitten müssen (siehe auch Artikel, S. 19).

Derzeit macht die globale Trendwende der Türkei besonders zu schaffen. Schätzungen zufolge braucht das Land einen Zustrom von rund 200 Milliarden Dollar im Jahr, aber Devisen fließen nun ab. Die Volkswirtschaft steckt in einem Sog nach unten. Kreditnehmern fällt es zunehmend schwer, Dollardarlehen zu bedienen. Entsprechend zweifeln ihre Kreditgeber daran, dass sie die Erträge bekommen, auf die sie hofften. Je weiter die Lira abgewertet wird, desto größer sind die Anreize, Kapital aus der Türkei abzuführen, wodurch aber die Schuldenprobleme noch größer werden. Privatunternehmen, die Schulden in Dollar bedienen müssen, stehen unter wachsendem Druck.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan will diese Dynamik nicht wahrhaben. Die Türkei bräuchte eine strengere Geldpolitik, um die Lira zu stärken und die Inflation zu bekämpfen. Stattdessen behauptet Erdogan ohne jeden empirischen

Beweis, hohe Zinsen führten zu Inflation. Historisch ist das Gegenteil richtig. Internationale Wirtschaftsblätter diskutieren nun, wann – aber nicht ob – die Türkei IWF-Geld brauchen wird.

Erdogan ist nicht allein für die Probleme verantwortlich. Finanzkrisen haben nicht nur einen Urheber. Wenn Schuldenlasten untragbar werden, haben Kreditnehmer und Kreditgeber dazu beigetragen.

Normalerweise wäre zu erwarten, dass alle Regierungen sich bemühen, eine Finanzkrise zu begrenzen. Wir leben aber nicht in normalen Zeiten. US-Präsident Donald Trump will politisch von den ma-

Währungen der Türkei und anderer Schwellenländer nach unten ziehen, sind viel stärker.

Trump spielt mit dem Feuer. Typisch für Finanzkrisen ist, dass sie von einem Land auf andere übergreifen können, wenn deren Lage ähnlich zu sein scheint. Irgendwann kann die Zahlungsfähigkeit systemrelevanter Akteure auf dem Spiel stehen, und dann könnte das globale Finanzsystem einfrieren, wie das 2008 nach der Pleite der Investmentbank Lehman Brothers geschah.

Um globale öffentliche Güter zu sichern, ist globale Kooperation nötig. Finanzmarktstabilität ist solch ein globales öffentliches Gut. Die Erfahrung lehrt, dass internationale Institutionen in solchen Situationen nicht immer optimal handeln, aber sie Krisen durchaus schon in den Griff bekommen. Lektionen können gezogen und müssen beherzigt werden (siehe E+Z/D+C e-Paper 2018/08, S. 23).



Wechselstube in Ankara.

kröökonomischen Problemen der Türkei profitieren. Er hat Sanktionen verschärft sowie Stahl- und Aluminiumzölle erhöht und damit den Verfall der Lira beschleunigt. Er will, dass Erdogan einen amerikanischen Pastor freilässt, dem Erdogan wiederum Verwicklung in den gescheiterten Militärputsch vor zwei Jahren vorwirft. Der türkische Präsident lastet nun die Wirtschaftskrise seines Landes dem amerikanischen Amtskollegen an.

Trump hat sie aber nicht verursacht. Er verschärft sie nur. Das Weiße Haus hat nicht die Macht, internationale Kapitalströme umzulenken. Die Kräfte, welche die

Dass Trump von Multilateralismus nichts hält, ist bekannt. Allerdings ist auch Erdogans Behauptung, er habe Alternativen zur Kooperation mit den USA, unverantwortlich. Es ist sicherlich hilfreich, dass Katar ihm kürzlich Investitionen im Volumen von 15 Milliarden Dollar in der Türkei versprochen hat, aber das reicht für eine Trendwende nicht. Vielleicht würde auch Russland Erdogan gern helfen; Moskau hat aber selbst Finanzprobleme. Falls andere Schwellenländer in den türkischen Abwärtssog hineingeraten, gibt es zur multilateralen Zusammenarbeit nur eine Alternative: tiefen Absturz.

REGIERUNGSFÜHRUNG

Kaum überzeugende Imagekorrektur

In Simbabwe bestand die Hoffnung, die Wahlen im Juli würden eine neue Ära der Offenheit in Innenpolitik, Wirtschaft und Außenbeziehungen einleiten. Seit die Sicherheitskräfte aber Proteste rabiat unterdrückten, fragen sich viele, ob diese Hoffnung noch begründet ist.

Von Jeffrey Moyo

Die Wahlen selbst verliefen friedlich. Zum ersten Mal stand Robert Mugabe nicht auf dem Wahlzettel. Seit dem Sieg im Befreiungskrieg hatte er das Land regiert: als Premierminister von 1980 bis 1987 und danach als Präsident bis 2017. Sein Regime hielt sich mit brutaler Repression an der Macht und ließ die Wirtschaft verfallen. Er hatte seine Partei, die ZANU-PF (Zimbabwe Africa National Union – Patriotic Front), lange fest im Griff.

Die Partei ist allerdings eng mit der Armee verbündet, deren Spitze Mugabes Absicht, seine Frau Grace zu seiner Nachfolgerin zu machen, ablehnte. Ein Militärputsch stürzte ihn 2017, und neuer Staatsoberhaupt wurde Emerson Mnangagwa. Er setzte Wahlen an, um demokratische Legitimität zu erreichen. Er war lange Vizepräsident gewesen, und als Mugabe ihn entließ, um

seine Frau zu berufen, griffen die Generäle ein.

Simbabwes andere große Partei ist die MDC (Movement for Democratic Change). Ihr Spitzenmann war lange der im Winter an Krebs verstorbene Morgan Tsvangirai. International bekannt wurde er, als er Mugabe in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen von 2008 schlug. Daraufhin griffen ZANU-PF-Schlägertrupps MDC-Anhänger an, von denen mehrere starben. Angesichts der Gewalt stieg Tsvangirai aus der Endrunde aus, so dass Mugabe Präsident blieb. Die ZANU-PF hatte im Parlament aber keine Mehrheit, und Tsvangirai wurde Premierminister einer bizarren großen Koalition.

Es gelang Tsvangirai, die galoppierende Inflation in den Griff zu bekommen, aber die Wähler rechneten ihm das nicht an. In den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen von 2013 triumphierten Mugabe und seine Partei wieder. Ihr autoritäres Wesen war allgemein bekannt.

Nach Mugabes Sturz versprach Mnangagwa dann freie Wahlen. Tatsächlich schien Redefreiheit zu gelten, und in den Städten gingen die Kandidaten verschiedener Parteien freundlich miteinander um. Im ländlichen Raum machten aber Armeeoffiziere Druck und forderten, die Leute

müssten ZANU-PF wählen. Nur wenige Dorfbewohner hatten den Mut zu öffentlichkeitswirksamem Widerspruch, sodass diese Kampagne lange verdeckt blieb. Die Strategie des Militärs ging auf: ZANU-PF gewann die meisten ländlichen Wahlkreise.

Nach den Wahlen vom 30. Juli wurden die Ergebnisse zwei Tage lang nicht veröffentlicht. In Harare, der Hauptstadt, kritisierten spontane Demonstrationen die Wahlkommission. Die Polizei sah sich überfordert und wurde umgehend von schwer bewaffneten Soldaten unterstützt. Truppen schossen scharf; sechs Menschen wurden getötet. Obendrein schikanierten Sicherheitskräfte Journalisten, die zu einer Pressekonferenz des MDC-Präsidentschaftskandidaten Nelson Chamisa wollten. Es irritierte zudem, dass die Vorsitzende der Wahlkommission, Priscilla Chigumba, im Gegensatz zu anderen Mitgliedern dieses Gremiums öffentlich gar nicht in Erscheinung trat. Schnell verbreiteten sich Gerüchte, das Wahlergebnis werde gefälscht.

Die Wahlkommission teilte dann mit, ZANU-PF habe 145 von 210 Parlamentssitzen gewonnen. Dass weiterhin kein Ergebnis der Präsidentschaftswahlen genannt wurde, nährte das Misstrauen weiter. Schließlich meldete sich die Kommissionsvorsitzende Chigumba und sagte, Mnangagwa habe gewonnen. Oppositionsführer Chamisa witterte Betrug und wandte sich am 10. August an das Verfassungsgericht. Die Wahlkommission spottete sofort, seine Beschwerde sei aus formalen Gründen ungültig.

Tatsächlich erkannten die Richter die Wahl an und Mnangagwa leistete Ende August den Amtseid. Wahrscheinlich werden er und seine Partei sich weitere fünf Jahre an der Macht halten. Die Leute sind Intransparenz gewöhnt und die Repression nach den Wahlen entspricht dem autoritären Muster der Mugabe-Jahre. Viele hatten gehofft, es werde echten Wandel und einen wirtschaftlichen Aufschwung geben. Bekanntlich hielt die Gebergemeinschaft zu Mugabe wegen dessen schlechter Regierungsführung Abstand. Mnangagwas Bemühungen um eine bessere Reputation überzeugen im Licht der aktuellen Ereignisse leider kaum.



Panzer auf den Straßen von Harare am 1. August.



JEFFREY MOYO ist Journalist und lebt in Harare.

moyojeffrey@gmail.com



Brasilianisch-deutsche Zusammenarbeit: Eine mit Mitteln der KfW Entwicklungsbank geförderte Windkraftanlage in Brasilien.

RECHT

Entwicklungspolitische Kontinuität durch neues Gesetz

Der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gerd Müller, hat angekündigt, ein Investitionsgesetz zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung auf dem afrikanischen Kontinent auf den Weg zu bringen. Es wäre aber sinnvoll, so wie es in vielen anderen Ländern der Fall ist, darüber hinaus auch ein Gesetz für die gesamte Entwicklungspolitik zu haben. Es könnte in politisch unruhigen Zeiten für Kontinuität sorgen.

Von Markus Kaltenborn und Reinhard Hermle

Ein Investitionsgesetz ist ohne Zweifel eine gute Idee: Die Unterstützung für deutsche Unternehmen, die sich auf den afrikanischen Märkten engagieren wollen, auf eine gesetzliche Basis und damit auf eine verlässliche Grundlage zu stellen, könnte

ein bedeutsamer Beitrag zu einer verstärkten Wirtschaftskooperation zwischen Deutschland und den afrikanischen Partnern sein. Für andere Bereiche der Entwicklungspolitik gibt es aber keine gesetzliche Regelung.

In den meisten Geberländern ist das anders. Sie haben für ihre Kooperation mit den Regierungen des globalen Südens eine parlamentsgesetzliche Grundlage geschaffen und in den entsprechenden Rechtsvorschriften durchaus wichtige Dinge geregelt: So enthält beispielsweise das Gesetz über die Belgische Entwicklungszusammenarbeit eine inhaltliche Festlegung des Politikfeldes auf die UN-Entwicklungsziele, einschließlich des Ziels, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (official development assistance – ODA) zu leisten.

Auch die Briten nehmen in ihrem International Development (Official Development Assistance Target) Act auf das 0,7-Prozent-Ziel Bezug; die Franzosen haben eine entsprechende Regelung in den Annex zum Gesetz über die Ausrichtung und Programmgestaltung der Entwicklungspolitik und der internationalen Solidarität integriert. Auch Österreich und die Schweiz haben Gesetze, die zentrale Forderungen der Aid-Effectiveness-Agenda aufgreifen wie die Grundsätze, dass Entwicklungsländer selbst über ihre Politik entscheiden dürfen (ownership) und die Geber ihre Institutionen und Verfahren denen der Partnerländer anpassen (alignment) sollen.

POLITIK-KOHÄRENZ SICHERGESTELLT

Angesichts der Tatsache, dass die Sustainable Development Goals (SDGs) ressortübergreifende Lösungsansätze erfordern, haben eine Reihe von Ländern außerdem Regelungen erlassen, die die Kohärenz der verschiedenen relevanten Politikbereiche mit der Entwicklungspolitik sicherstellen sollen. In der Regel werden zudem bestimmte Vorgaben für die humanitäre Hilfe, die multilaterale Zusammenarbeit und für die Kooperation mit Nichtregie-

rungsorganisationen gemacht. In institutioneller Hinsicht ist interessant, dass mehrere Geberländer (etwa Dänemark, Italien, die Schweiz und Frankreich) dem für die Entwicklungspolitik zuständigen Ministerium ein Beratungsorgan zur Seite stellen, in dem unterschiedliche entwicklungspolitische Akteure versammelt sind. Nicht zuletzt listen auch nahezu alle Gesetze unserer europäischen Nachbarn die inhaltlichen Bereiche auf, in denen sich die Regierung entwicklungspolitisch besonders engagieren soll (die Schwerpunkte liegen zumeist in den Bereichen Armutsbekämpfung, Wirtschaftsentwicklung, Nachhaltigkeitspolitik, Friedenssicherung, Demokratie- und Rechtsstaatsförderung).

Viele dieser Themen sind zwar durchaus auch Gegenstand von Regelungen, die für die deutsche Entwicklungspolitik gelten. So hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit den Leitlinien für die bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit eine sektorübergreifend geltende Verwaltungsvorschrift veröffentlicht, die – gemeinsam mit den Positions- und Strategiepapieren zu den einzelnen Themenfeldern – wichtige Orientierungsmaßstäbe für die beteiligten Akteure bietet. Dabei handelt es sich jedoch um bloßes Verwaltungsinnenrecht, um politische Leitlinien oder Absichtserklärungen. Ihr Verbindlichkeitsgrad ist daher gering. Deutlich mehr rechtliches und politisches Gewicht würden die inhaltlichen Grundprinzipien der deutschen Entwicklungspolitik erhalten, wenn sie in einem „Gesetz über die Entwicklungszusammenarbeit“ verankert und auf diese Weise mit einer stärkeren Legitimation ausgestattet würden. Der Vorschlag ist nicht neu, eine entsprechende Gesetzesinitiative aus den 1990er Jahren ist jedoch leider nicht weiterverfolgt worden.

WARUM BRAUCHEN WIR EIN „GESETZ ÜBER DIE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT“?

Nun kann man sich natürlich fragen, ob es tatsächlich eines Gesetzes bedarf, wenn doch die deutsche Entwicklungspolitik bislang ganz gut ohne ein solches ausgekommen ist. Nimmt man die Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte zum Maßstab, gehört Deutschland nicht zu den Geber-

ländern, die eine gesetzliche Motivation zur Aufrechterhaltung ihres globalen Engagements benötigen. Die deutsche ODA ist in den vergangenen Jahrzehnten immer stärker ausgebaut und auch in qualitativer Hinsicht weiterentwickelt worden – auch wenn es natürlich manches zu verbessern gibt (in den jährlichen Berichten von terre des hommes und der Welthungerhilfe zur „Wirklichkeit der deutschen Entwicklungspolitik“ werden einige der wichtigsten „Baustellen“ aufgezeigt).

Und es ist ja auch keineswegs so, dass die deutsche Entwicklungsverwaltung im gänzlich rechtsfreien Raum agieren würde. Nicht nur ist sie über den (als Parlamentsgesetz verabschiedeten) jährlichen Bundeshaushalt und die bereits genannten Verwaltungsvorschriften, sondern vor allem über das internationale Recht an bestimmte inhaltliche Vorgaben und Schwerpunktsetzungen gebunden. Rechtsverbindliche völkerrechtliche Verträge – wie etwa die globalen Menschenrechtsabkommen, die über ihre extraterritoriale Dimension auch für die Entwicklungspolitik wichtige Maßstäbe liefern – sind hier ebenso relevant wie die vielen auf Soft-Law-Ebene eingegangenen völkerrechtlichen Verpflichtungen, angefangen von Grundsätzen der globalen High-level Foren für Aid Effectiveness in Paris (2005), Accra (2008), Busan (2011) und Nairobi (2016) über die Zusagen im Rahmen der Financing for Development-Konferenzen bis hin zu den Zielsetzungen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung.

Dennoch gibt es gute Gründe, dem Beispiel der anderen Gebernationen zu folgen. So wird man sich etwa fragen müssen, ob mit Blick auf die Grundrechtsrelevanz zahlreicher aus dem Entwicklungsetat finanzierter Vorhaben (vor allem Förderprogramme zugunsten bestimmter Bevölkerungsgruppen müssen unter anderem den Anforderungen des Gleichheitssatzes genügen) eine parlamentsgesetzliche Grundlage nicht bereits verfassungsrechtlich gefordert wäre. Doch auch wenn man diese juristischen Erwägungen einmal beiseite lässt, dann gibt es zwei weitere Argumente: So darf nicht übersehen werden, dass auch Deutschland von seinen Partnerländern im Rahmen der Entwicklungskooperation ein Tätigwerden der Parlamente erwartet. Der sogenannte menschenrechtsbasierte Ansatz, der bei der Umsetzung der Kooperationsprojekte einzuhalten ist, verlangt

auch eine gesetzliche Absicherung der politischen Programme, die zur Implementierung der jeweiligen Menschenrechte verabschiedet werden.

Das zweite Argument ist primär innenpolitischer Natur, deswegen aber nicht weniger bedeutsam: Es ist angesichts des Zulaufs, den Parteien am rechten Rand finden, durchaus vorstellbar, dass zukünftig einmal eine Bundesregierung ins Amt kommen könnte, die die Mittel für die Entwicklungspolitik drastisch kürzen oder gänzlich andere Prioritäten in den außen- und entwicklungspolitischen Zielsetzungen verfolgen will. Natürlich wäre auch ein Gesetz, das jederzeit wieder geändert werden kann, nicht in der Lage, dies zu verhindern. Dennoch würde es Gegnern der Entwicklungspolitik nicht ganz so leicht fallen, einen derartigen Kurswechsel einzuleiten, wenn sie hierzu erst einmal die Hürden eines Gesetzgebungsverfahrens nehmen müssten. Den im demokratischen Spektrum eher der „Mitte“ zuzuordnenden Parteien sollte daher bewusst sein, dass sie mit einem Gesetz auch bessere Voraussetzungen für entwicklungspolitische Kontinuität in politisch instabilen Zeiten schaffen könnten.

LINK

Leitlinien für die bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit:
<http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/archiv/reihen/strategiepapiere/konzept165.pdf>



MARKUS KALTENBORN
 ist Professor für Öffentliches Recht und Direktor des Instituts für

Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik (IEE) der Ruhr-Universität Bochum.

markus.kaltenborn@ruhr-uni-bochum.de



REINHARD HERMLE
 ist stellvertretender Vorsitzender des Vorstands von Oxfam Deutschland und ehemaliger Vorsitzender des

Verbands Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO).
reinhard.hermle@t-online.de



Entwicklungshelfer im Gespräch mit Projektpartnern in Kambodscha 2005.

QUALIFIZIERUNG

Entwicklungsdienst als Lernort

Entwicklungshelfer erwerben bei ihren Einsätzen eine Reihe von Kompetenzen. Eine aktuelle Studie im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der Entwicklungsdienste (AGdD) untersucht, wie der Entwicklungsdienst als Lernort noch motivierender und wirksamer gestaltet werden kann.

Von Gabi Waibel und Lutz Schrader

Die Studie „Entwicklungsdienst qualifiziert. Wie Fachkräfte lernen und ihre Kompetenzen entwickeln“ (AGdD 2017) hat einen doppelten Fokus: Einerseits untersucht sie, wie die Fachkräfte im Verlauf ihres Einsatzes lernen und sich weiterbilden, um den gewachsenen Anforderungen vor Ort gerecht zu werden. Andererseits würdigt sie die Dienstzeit als wichtigen Abschnitt in der persönlichen Lernbiografie, in dem sich die Fachkräfte wertvolle Kenntnisse und Fähigkeiten für ihr weiteres Berufsleben

aneignen. Im Rahmen der Studie wurden 42 Fachkräfte interviewt, mehr als ein Dutzend Experten der Erwachsenenbildung und Personalentwicklung befragt und die neuesten Forschungsergebnisse zum nonformalen und informellen Lernen ausgewertet.

Die Studie zieht eine positive Bilanz. Die sieben staatlich anerkannten Entsendeorganisationen und die Weiterbildungsinstitute leisten demnach auf dem Gebiet der Vorbereitung und Lernbegleitung der Fachkräfte wie auch nach der Rückkehr gute bis sehr gute Arbeit. Analog zu ihrem doppelten Fokus formuliert die Studie Empfehlungen vor allem zu zwei Bereichen:

- Wie können das Lernen und die Kompetenzentwicklung der Fachkräfte während des Einsatzes noch wirksamer unterstützt und begleitet werden?
- Welche Optionen gibt es, um die während der Dienstzeit erworbenen Erfahrungen, Kenntnisse, Fertigkeiten und Fä-

higkeiten zu bilanzieren und zu dokumentieren?

WEITER LERNEN – AUCH WÄHREND DES EINSATZES

Fachkräfte im Entwicklungsdienst arbeiten heute immer mehr als Berater. Das dafür erforderliche Wissen und Können lässt sich indes nur bedingt in drei- bis fünftägigen Vorbereitungskursen erwerben (DEval 2015). Der Großteil des Lernens muss deshalb vor Ort stattfinden. Beim „Learning on the job“ gehen idealerweise Beratungshandeln und Weiterentwicklung der Beratungskompetenz Hand in Hand. Um das selbstgesteuerte Lernen der Fachkräfte besser zu unterstützen, rückt die Studie unter anderem zwei Aspekte in den Vordergrund: einerseits die gezielte Entwicklung der Selbstlernkompetenz der Fachkräfte während der Vorbereitung und andererseits die weitere Verbesserung der Lernbegleitung während ihres Einsatzes im Partnerland. Beides sollte eng verzahnt erfolgen.

Die Studie regt an, in der Vorbereitung insbesondere dem „Lernen lernen“ mehr Raum zu geben. Dazu zählt die Vermittlung von Kenntnissen darüber, wie individuelle

und kollektive Lernprozesse funktionieren und wie das eigene Lernverhalten reflektiert werden kann. Fachkräfte, die wissen, was für ein Lerntyp sie sind und welche Motive ihr Lernen antreiben, können sich besser organisieren und ihr Lernen wirksamer steuern. Außerdem sollten sich Fachkräfte geeignete Lernstrategien und -methoden aneignen. Von besonderer Bedeutung sind dabei Methoden des partnerschaftlichen und Gruppenlernens wie dialogisches Lernen, kollegiale Beratung, themenzentrierte Interaktion sowie Intervision, Supervision und Coaching.

Zugleich sind Fachkräfte auch weiterhin auf Unterstützung durch ihre Entsendeorganisation angewiesen. Eine gute Lernbegleitung vor Ort beginnt mit einer gründlichen Übergabe des Projektplatzes. Weitere Erfolgsfaktoren sind Vorgesetzte, die sich als Lerncoach ihrer Mitarbeiter verstehen, sowie regelmäßige Inter- und Supervisionsangebote. Immer wichtiger werden zudem virtuelle Lern- und Kollaborationsplattformen, die eng mit dem Wissensmanagement der Entsendeorganisation verknüpft sind.

Mindestens ebenso eine große Rolle spielen „weiche Faktoren“. Die meisten der im Rahmen der Studie interviewten Fachkräfte betonten, wie motivierend es für ihr eigenes Lernen gewesen ist, wenn sie bei Besuchen von Vorgesetzten, bei Fachkräftetreffen oder Kontakten während des Urlaubs offen ihre Arbeits- und Lernerfahrungen besprechen konnten – Erfolge ebenso wie Rückschläge. Zu einer guten Lernkultur gehört auch, dass Fachkräfte an Entscheidungen mitwirken können und ihre Zwischen- und Abschlussberichte gelesen und ausgewertet werden.

Um die komplexen Anforderungen miteinander zu verknüpfen, scheint das Konzept „transformativer Lernnetzwerke“ gut geeignet (Goldstein et al. 2017). Gemeint sind freiwillige, nichthierarchische Kooperationsverbünde unterschiedlicher Organisationen. Ihr Ziel ist es, die Lernpraxis und die Lernergebnisse zu verbessern und dadurch den sozialen Wandel zu unterstützen. Alle in die Planung und Implementierung eines Kooperationsprogramms oder -projekts involvierten Organisationen sind per se Teil eines Netzwerkes. Die Entsendeorganisationen müssen deshalb wie alle anderen Beteiligten Verantwortung für den gemeinsamen Lernerfolg übernehmen.

In „transformativen Lernnetzwerken“ kommt denjenigen eine Schlüsselrolle zu, die gemeinsame Aktivitäten anregen sowie Koordinations- und Managementaufgaben übernehmen – den sogenannten „Netzwebern“ (Netweavers). Die Rolle des „Netzwebers“ können Führungskräfte der Entsendeorganisationen vor Ort, Verantwortliche der Partnerorganisation oder auch die Fachkräfte selbst übernehmen. Natürlich sind auch Steuerungsgruppen aus mehreren Personen denkbar.

NACH DER RÜCKKEHR

Insbesondere für erstausreisende Fachkräfte ist der mehrjährige Einsatz in der Entwicklungshilfe ein sehr prägender Lebensabschnitt. In dieser Zeit lernen sie ungemein viel und bewähren sich in herausfordernden Arbeits- und Lebenssituationen. So erweitern und festigen sie ihr berufliches Profil. Einige nutzen ihre Dienstzeit, um sich ein völlig neues Berufsfeld zu erschließen. Darum besteht ein wichtiger Teil der Rückkehrerarbeit darin, die Fachkräfte dabei zu unterstützen, sich die erworbenen Kompetenzen bewusst zu machen. Das geschieht zum Teil schon heute in Seminaren der AGdD, die für die Betreuung der Rückkehrer verantwortlich zeichnet. Einzelne Fachkräfte nutzen auch von der Arbeitsagentur oder privat finanzierte Beratungsangebote, um für sich Stärke-Schwäche-Bilanzen und/oder Kompetenzprofile zu erarbeiten.

Die Studie schlägt vor, die während der Dienstzeit erworbenen und vertieften Kenntnisse und Kompetenzen aussagekräftig und überprüfbar zu dokumentieren, um die Beschäftigungs- und Weiterbildungschancen der rückkehrenden Fachkräfte zu verbessern. Dies geschieht bislang bestenfalls ansatzweise im Arbeitszeugnis. Außerdem haben Fachkräfte natürlich auch die Möglichkeit, ihren Bewerbungsunterlagen ein selbsterarbeitetes Kompetenzprofil beizulegen.

Um die Dokumentation der Erfahrungen, Kenntnissen und Fähigkeiten für alle Fachkräfte zu ermöglichen, scheint die Arbeit mit Kompetenzpässen, zum Beispiel dem ProfilPASS, am besten geeignet (Hülsmann, 2018). Diese könnte bereits während der Vorbereitung mit einer professionellen Beratung und der Erstellung eines Kompetenzprofils beginnen. Fachkräfte würden so von Anfang an ihre Stärken und Schwächen besser kennen, könnten ihr selbstorgani-

siertes Lernen zielgerichteter gestalten sowie neu erworbene Kenntnisse und Kompetenzen zeitnah erfassen. Nach der Rückkehr würde dann erneut eine professionelle Beratung erfolgen. Am Ende erhielten die Fachkräfte von einem Berater einen Nachweis, der bestätigt, dass das Kompetenzprofil mit Unterstützung professioneller Beratung erstellt wurde.

LITERATUR

- AGdD, 2017: Entwicklungsdienst qualifiziert. Wie Fachkräfte lernen und ihre Kompetenzen entwickeln, Bonn: Arbeitsgemeinschaft der Entwicklungsdienste (AGdD).
https://www.agdd.de/fileadmin/user_upload/Bilder/2_DABEI/2.4_Studie_Entwicklungsdienst_qualifiziert/AGdD_Studie_Entwicklungsdienst_qualifiziert.pdf
- DEval, 2015: Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer. Ein Personalinstrument der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, Bonn: Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval).
https://www.deval.org/files/content/Dateien/Evaluierung/Berichte/2015_DEval_Evaluierung%20EntwicklungshelferInnen.pdf
- Goldstein, B. E. et al., 2017: Transformative learning networks: Guidelines and insights for netweavers. A report from the Network of STEM Education Centers (NSEC).
http://www.aplu.org/projects-and-initiatives/stem-education/stem-education-centers-network/Goldstein_paper.pdf
- Hülsmann, K., 2018: Interview mit Katrin Hülsmann vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE) zur Arbeit mit Kompetenzpässen im Entwicklungsdienst.
<https://www.agdd.de/de/danach/berufliche-rueckkehr/kompetenzbilanz/interview-profilpass>



GABI WAIBEL
 ist Geschäftsführerin der
 Arbeitsgemeinschaft der
 Entwicklungsdienste (AGdD).
gabi.waibel@agdd.de



LUTZ SCHRADER
 ist selbstständiger Autor,
 Berater und Gutachter mit
 den Schwerpunkten
 Friedens- und Konfliktfor-
 schung, Entwicklungszusammenarbeit und
 Erwachsenenlernen.
schrader.lutz@t-online.de



Im Dezember 2001 bezeichneten Demonstranten in Buenos Aires die Regierung als Dieb und forderten ihr Geld zurück – einige trugen Masken des damaligen Präsidenten Fernando de la Rúa.

WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Immer wieder zurück auf „Start“

Trotz gut ausgebildeter Bürger, Rohstoffreichtum und großem Potenzial rutscht Argentinien regelmäßig in Wirtschaftskrisen.

Von Jorge Saborido

In den vergangenen sieben Jahrzehnten hat Argentinien sich nicht gleichmäßig und gesund entwickelt. Das Land befindet sich in einer schlechteren Lage, als nötig wäre. Das liegt an politischer Instabilität, obwohl Argentinien seit 1983 ein demokratisches System hat. Diese Fehlentwicklung muss man erklären:

- Erstens spielt der Staat eine starke Rolle in Argentinien's Wirtschaft, die von Rohstoffexporten, einschließlich Agrarprodukten, abhängt. Diese Exporte generieren nicht die Devisenreserven, die das Land benötigt. Das ist die größte Entwicklungshürde. Bis jetzt war es nicht möglich, die Wertschöpfung zu steigern, um höherwertige Produkte international zu verkaufen. Selbst wenn die Exporte gesteigert werden, müssen zudem grundlegende Güter importiert werden. So entsteht ein Außenhan-

delsdefizit. Zusammen mit inflationärem Druck sorgt es dafür, dass der Wechselkurs des Peso, der nationalen Währung, ständig sinkt. Irgendwann setzt eine Rezession ein. Dieses Muster wiederholt sich seit langem. Verschiedene wirtschaftspolitische Konzepte haben das nicht verhindert. Verschiedene Regierungen versuchten, Industrialisierung zu stimulieren, um Importe zu ersetzen, aber Argentinien's verarbeitende Industrie konnte nie auf dem Weltmarkt mithalten.

- Zweitens arbeiten die meisten argentinischen Unternehmer in geschützten Märkten. Viele profitieren von engen Kontakten zum Staatsapparat. Ihre Geschäfte beruhen oft darauf, dass sie vertrauliche Informationen erhalten. Der Ausdruck „Patria contratista“ (was in etwa „Nation von Auftragnehmern“ bedeutet) illustriert die illegitimen Verbindungen zwischen privaten Unternehmen und öffentlicher Hand. Sogar Gewerkschaftsführer gehören zu diesen Netzwerken.

- Drittens neigen argentinische Sparer dazu, Dollars für den Fall zu horten, dass die

Inflation zunimmt und der Peso wieder entwertet wird. Experten sind sich aber nicht einig, was Inflation verursacht. Orthodoxe Ökonomen sagen, ein ineffizienter und korrupter Staat drucke einfach immer mehr Geld, um das selbstgemachte Haushaltsdefizit abzufedern. Andere meinen, dass Inflation der am wenigsten schmerzhafteste Weg sei, um Verteilungsprobleme zu lösen, denn die Arbeitnehmer'einkommen „hinken“ immer hinter der Inflation her.

In diesem komplexen Szenario waren die Auslandsschulden typisch für die argentinische Wirtschaftsstruktur. Wie auch in anderen Schwellenländern liegen die Wurzeln der momentanen Probleme in der Krise der 1970er Jahre, als die Ölpreise stiegen und Argentinien von einer brutalen rechtsgerichteten Militärjunta regiert wurde. Die Finanzen der Diktatur waren undurchsichtig. Sie lieh sich große Summen im Ausland. Derweil verschlechterte sich der Lebensstandard der Menschen. Die Rückkehr zur Demokratie 1983 änderte dies nicht.

DER AUSVERKAUF DER 1990er

Das Jahrzehnt der 1990er markiert einen Wendepunkt in Argentinien's Wirtschaftsgeschichte. Dies waren die Jahre, als Präsident Carlos Menem regierte. Er war der Vorsitzende der Peronisten, einer Partei, die ökonomischen Nationalismus als einen ihrer

Grundprinzipien betrachtet. Menem wurde erstmals 1989 in der Zeit der Hyperinflation gewählt. Diese extreme Situation war der Hintergrund für einen radikalen Abbau des öffentlichen Sektors. Später entschied sich die Regierung Menem für einen fixierten Wechselkurs, bei dem ein Peso ein Dollar wert war. Diese Maßnahme sollte die Inflation stoppen. Sie implizierte aber, dass ausreichend internationale Währungsreserven generiert werden mussten.

Historisch stand der Peronismus immer für eine staatliche Kontrolle der Wirtschaft und für die Verstaatlichung großer Unternehmen. Menem entschied sich jedoch für einen komplett anderen Kurs. Er öffnete die Wirtschaft und schaffte Gesetze ab, die den Außenhandel eingeschränkt hatten. Er privatisierte im großen Stil Staatsunternehmen an private Investoren in Argentinien und im Ausland. Menem und sein Wirtschaftsminister Domingo Cavallo akzeptierten die Dogmen, die damals von den internationalen Finanzinstitutionen vorgebetet wurden. Sie formulierten ungeübte Strategien. Der Internationale Währungsfonds (IWF) unterstützte ihre Politik und finanzierte sie mehrfach mit Krediten.

Der marktradikale Ansatz schien anfangs zu funktionieren. Ausländisches Kapital floss in das Land, weil die Investoren von der Privatisierungswelle profitieren wollten. Die Wirtschaft erholte sich zeitweilig. Einige Branchen brachen jedoch ohne staatlichen Schutz zusammen. Arbeitslosigkeit wurde zum Dauerproblem.

Andere Probleme wurden ebenfalls bald deutlich. Mexikos Finanzkrise 1994 (die sogenannte „Tequila-Krise“) hatte einen ansteckenden Effekt auf andere Schwellenländer, in denen Anleger ähnliche Risiken vermuteten. Auch aus Argentinien floss rasch Kapital ab, so dass die Wirtschaft des Landes 1995 um drei Prozent schrumpfte. Sie erholte sich in den folgenden Jahren ein wenig, aber die Lage war offensichtlich instabil. Erneut setzte Inflation ein. Durch den festgesetzten Wechselkurs war der Peso schon bald überbewertet, was es schwerer machte, Güter mit hoher Wertschöpfung zu exportieren.

DER KOLLAPS VON 2001/2002

Die Probleme eskalierten 1999, kurz nachdem Präsident Fernando de la Rúa gewählt worden war. Seine liberale Allianz hatte im

Wahlkampf die Wechselkursbindung verteidigt. Angesichts eines Abflauens der Wirtschaftsaktivität, einer schweren Finanzkrise und wachsender Kapitalflucht zeigte sich die Inkompetenz der Alianza: Sie versuchte, die Konvertibilität zum festen Wechselkurs beizubehalten, kostete es, was es wolle. Ende 2001 begrenzte ein Regierungsdekret dann sogar, wie viel Geld die Menschen von ihren Bankkonten abheben durften. So versuchte die Regierung den Geldfluss ins Ausland zu bremsen.

Wenn Bürger nicht an ihr Geld kommen, nützt ihnen ein fester Wechselkurs jedoch nichts mehr. Zu diesem Zeitpunkt entschied sich der IWF, seine Unterstützung zu beenden. Ohne Zugang zu frischem Geld musste die Regierung ihre Zahlungsunfähigkeit erklären. Die Wechselkursbindung wurde offiziell aufgegeben, sodass die Ersparnisse der Menschen über Nacht ihren Wert verloren. Die Wirtschaft brach zusammen.

Seitdem ist der Ruf des IWF in Argentinien außerordentlich schlecht. Die Leute erinnern sich daran, dass die multilaterale Institution den marktradikalen Ansatz unterstützt hatte und dass ihr Rückzug dann zum Wirtschaftskollaps führte.

Im Chaos Ende 2001/Anfang 2002 erschütterten Krawalle und Plünderungen das Land. Die Polizei tötete mindestens 36 Menschen. Die etablierten Politiker waren völlig diskreditiert. De la Rúa trat zurück, und drei seiner Nachfolger waren jeweils nur wenige Tage im Amt. Die Wirtschaft befand sich im freien Fall. Schon bald war sie um ein Viertel kleiner als 1998. In urbanen Gebieten lebten 58 Prozent der Menschen unterhalb der Armutslinie.

Schließlich stabilisierte sich die politische Lage unter dem Übergangspräsident Eduardo Duhalde, und auch die Wirtschaft erholte sich ganz langsam. Der Absturz war so tief gewesen, dass ein völliger Neustart vonnöten wurde. Das hatte allerdings den Vorteil, dass sich Argentinien deshalb nicht mehr länger an die Vorgaben des IWF halten musste. Obendrein war die globale Wirtschaftslage plötzlich günstiger, da eine starke Nachfrage nach landwirtschaftlichen Gütern – besonders nach Soja – bestand. Einige Jahre lang hatte Argentinien sogar eine positive Handelsbilanz.

Präsident Néstor Kirchner, der 2003 gewählt wurde, nutzte die günstigen Trends. Er war ein Peronist der staatlichen

Tradition. Es gelang ihm, den Erlass von zwei Drittel der Auslandsschulden auszuhandeln. Aber das Schuldenproblem konnte nicht abschließend gelöst werden, da einige private Investoren nicht auf ihre vollen Ansprüche verzichten wollten und ein Gericht in den USA ihnen recht gab. Jedoch schuldet Argentinien nun weder internationalen Finanzinstitutionen noch ausländischen Regierungen. Es wurde sozusagen wieder ein normales Mitglied der internationalen Gemeinschaft.

Nachfolgerin von Kirchner war 2007 seine Frau Cristina Fernández, die bis 2014 an der Macht blieb (Kirchner starb 2010). Die Industrialisierung schritt aber nicht voran, und die Verbindungen von Unternehmen zu staatlichen Institutionen wurden wieder wichtig. Die Regierung wurde immer mehr mit Korruption assoziiert, während die bestehenden Probleme von Argentiniens rohstoffbasierter Wirtschaft nicht gelöst wurden.

Seit 2015 ist Präsident Mauricio Macri im Amt. Im Wahlkampf versprach er, die Wirtschaft zu liberalisieren und zu normalisieren. Internationale Investoren unterstützten ihn anfangs, verloren aber Anfang dieses Jahres ihre Geduld. Grund dafür war, dass er nicht so schnell vorging wie versprochen. Angesichts eines schnellen Wertverfalls des Pesos befindet sich die Wirtschaft im Abschwung, und Macri musste den IWF um Hilfe bitten. Das tieferliegende Problem ist jedoch eine Veränderung im globalen makroökonomischen Umfeld. Jahrelang war der Dollar billig, weil die Zinsen in den USA niedrig waren. Entsprechend flossen Spekulationsgelder in Schwellenmärkte. Höhere Zinsen bedeuten, dass private Investoren sich nun eher von Ländern wie Argentinien fernhalten.

Die Wirtschaft befindet sich zwar in einer Rezession, aber die Lage ist nicht so dramatisch wie im Winter 2001/2002. Die Erinnerung an jene Krise ist bei den Menschen jedoch noch wach, und die Stimmung ist angespannt. Die meisten glauben zwar nicht, dass die Krise diesmal so extrem eskaliert – aber das hatte damals auch keiner erwartet.



JORGE SABORIDO
ist beratender Professor für
Geschichte an der Universität
Buenos Aires.
jorge_saborido@hotmail.com

Brasilianische Erfahrungen

In Argentinien führte eine Finanzkrise im Winter 2001/2002 zu Staatsbankrott und dem Kollaps der Volkswirtschaft. Wenige Monate später spitzten sich Finanzprobleme in Brasilien zu, aber ein großzügiger Kredit des Internationalen Währungsfonds (IWF) sorgte schnell für einen neuen Aufschwung. Trotz ähnlicher Ausgangsbedingungen war die Lage in Brasilien dank klügerer Regierungspolitik viel günstiger.

Von Carlos Albuquerque

Der IWF wollte nicht, dass die argentinische Krise auf Brasilien übergriff. Zudem hoffte er, Brasiliens Politik langfristig zu beeinflussen. Es war absehbar, dass der Sozialist Lula da Silva die Präsidentschaftswahlen gewinnen würde. Die Angst vor ihm trug auch zu dem Kapitalabfluss bei, der Brasiliens Finanzprobleme verschärfte. Lula versprach dann in einem „Brief an die Brazilianer“, Verträge einzuhalten und die wirtschaftspolitischen Grundlinien von Präsident Fernando Henrique Cardoso nicht zu ändern. Daraufhin gewährte der IWF Brasilien einen Kredit von 30 Milliarden Dollar, der nicht mit weiteren strengen Auflagen verbunden war. Die Finanzspritze stoppte die Kapitalflucht und half, Engpässe zu überwinden.

Lula äußerte zuvor und auch danach immer wieder Kritik am IWF. Das Versprechen, Cardosos Strategien beizubehalten, fiel ihm aber nicht schwer. Tatsächlich hatte Cardoso auf intelligente und ungewöhnlich erfolgreiche Weise die Ökonomie stabilisiert.

Brasilianer erinnern sich an die 80er Jahre als verlorenes Jahrzehnt, aber in den 90er Jahren setzte ein langer Aufschwung ein. Wie Argentinien hatte Brasilien eine Militärdiktatur hinter sich und Jahre der ökonomische Instabilität durchgemacht (siehe Jorge Saborido, S. 19). Bis Anfang der 90er Jahre prägte heftige Inflation Brasiliens Wirtschaft. Daran änderten vier Währungs-

Inflation zu stoppen. Wichtige Elemente seiner Währungsreform („Plano Real“) waren:

- Preise und Löhne wurden nicht mehr an Inflationsindizes gebunden, sondern sollten sich am Wechselkurs des Dollars orientieren.
- Die Staatsfinanzen wurden nicht nur mit Ausgabenkürzungen, sondern auch mit Steuererhöhungen und Privatisierungserlösen saniert.
- Die Privatisierung ineffizienter Staatsbetriebe wurde mit Augenmaß betrieben und unterband unter anderem die

Dollar diene als Leitwährung, aber der Wechselkurs war nicht fixiert. Die Inflation fraß nicht mehr die Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten auf.

Brasiliens hat viele Menschen und eine große Volkswirtschaft. Obendrein ist die verarbeitende Industrie seit jeher relativ stark. Aus diesen Gründen sind Ein- und Ausfuhren im Vergleich zur Binnenwirtschaft weniger wichtig als beispielsweise in Argentinien. Die Regierung in Brasilien kann eine vergleichsweise eigenständige Wirtschaftspolitik verfolgen; völlig unabhängig von globalen Trends ist das Land aber nicht.

Der IWF fand Cardosos Politik sinnvoll. Er unterstützte sie mit Krediten, die Brasilien aber immer bedienen konnte. Lula setzte Cardosos Politik fort und baute die Sozialprogramme aus. Er zahlte das IWF-Geld so schnell wie möglich zurück und hielt zum Fonds kritische Distanz. Im Zuge der globalen Finanzkrise ab 2008 erhöhte er dann Brasiliens Kapitalbeteiligung am IWF, um mehr Einfluss zu gewinnen.

Heute ist die Lage komplett anders. Der lange Boom endete 2016 in einer Rezession, und die Wirtschaft erholt sich nur langsam. Das Land steckt in einer tiefen politischen Krise (siehe mein Kommentar in E+Z/D+C e-Paper 2018/07, S. 11), und Lula sitzt wegen eines umstrittenen Korruptionsurteils im Gefängnis.



Fernando Henrique Cardoso (links) und Lula da Silva im Herbst 2002.

reformen nichts. Da alle Wirtschaftsakteure mit weiterer Teuerung rechneten, knüpften sie wichtige Transaktionen an Preisindizes. Solch ein automatischer Inflationsausgleich verstetigt aber die Preissteigerungen. Ein weiteres Problem war, dass staatliche Banken politisch motivierte Darlehen vergaben, ohne auf betriebswirtschaftliche Daten zu achten. 1993 betrug die Inflationsrate katastrophale 2500 Prozent.

Als Finanzminister gelang es Cardoso jedoch, die

unverantwortliche Kreditvergabe öffentlich-rechtlicher Banken.

In der Folge gewann Cardoso die Präsidentschaftswahlen von 1994 und 1998. Seine Wirtschaftspolitik blieb auf Stabilität ausgerichtet, strebte aber keinen möglichst kleinen Staat an. Armutsbekämpfung war Cardoso wichtiger. Familien mit geringem Einkommen erhielten nun beispielsweise Sozialhilfe („Bolsa Familia“), wenn ihre Kinder geimpft waren und zur Schule gingen. Der



CARLOS ALBUQUERQUE
arbeitet für das
brasilianische
Programm der

Deutschen Welle.

carlos.albuquerque@gmx.de



Schulmahlzeit in
Antananarivo in
Madagaskar.

Entwicklungserfolge

International hat es in den vergangenen Jahrzehnten beachtlichen Fortschritt gegeben. Vielen Menschen ist das nicht klar. Die Einschätzung, alles werde immer schlimmer, ist weit verbreitet. Es ist selbstverständlich richtig, einzufordern, was noch geschehen muss. Übertriebener Pessimismus ist aber sicherlich nicht hilfreich. Wenn es weiter vorangehen soll, muss sorgfältig Bilanz gezogen und aus Erfahrungen gelernt werden.



Screenshot: World Poverty Clock.

„Wir können extreme Armut beenden“

Die World Poverty Clock ist ein Online-Tool, das die Zahl der Menschen anzeigt, die weltweit in Armut leben. Die entsprechende Webseite gibt an, wie viele Menschen der Armut entkommen oder in Armut fallen. Ende August lebten demzufolge 637 Millionen Menschen – das sind acht Prozent der Weltbevölkerung – in extremer Armut. Die World Poverty Clock wurde vom World Data Lab in Wien mit Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geschaffen. Homi Kharas ist Experte für globale Entwicklung bei der Brookings Institution und berät das World Data Lab.

Homi Kharas im Interview mit Sabine Balk

Wozu dient die World Poverty Clock (<https://worldpoverty.io/>)?

Unser Hauptziel ist es, das Bewusstsein dafür zu schaffen, wie sich die Armut an verschiedenen Orten der Welt entwickelt. Wir wollen die besten, aktuellsten Schätzungen von Armut und Armutsverläufen bieten.

Wie geht die Reduzierung der weltweiten Armut voran?

Zu Beginn des Jahres 2016 lebten etwa 727 Millionen Menschen oder 9,8 Prozent der Weltbevölkerung in extremer Armut. Am 30. August 2018 waren es 639 Millionen, nur etwa 8 Prozent der Weltbevölkerung, obwohl diese übrigens zwischenzeitlich um etwa 200 Millionen Menschen gewachsen ist. Die Daten zeigen also eine positive Entwicklung in die richtige Richtung. Aber der Fortschritt geht nicht schnell genug voran. Um das erste Sustainable Development Goal (SDG) – die Armut bis 2030 beenden – zu erreichen, müssten bis dato 40 Millionen mehr Menschen der Armut entflohen sein.

Gibt es eine reale Chance SDG 1 zu erreichen?

Ja, wir können extreme Armut beenden. Wir haben die Ressourcen und das Wissen dazu, und es gibt Beispiele von Ländern, die das geschafft haben. Zugleich stehen wir aber vielerorts vor großen Herausforderungen, die angegangen werden müssen.

Bietet die World Poverty Clock länderspezifische Informationen?

Ja, man kann sehen, in welchen Ländern es gut läuft und in welchen nicht. Allgemein

kann man sagen, dass Länder in Asien, vor allem Südasien, gute Fortschritte machen, Länder in Subsahara-Afrika leider nicht. Viele der Letzteren leiden unter Klimakatastrophen und Gewalt.

Wo besteht Ihrer Meinung nach Handlungsbedarf?

Der Fokus sollte auf Afrika liegen. Dort schreitet die Reduzierung der Armut am langsamsten voran und macht teilweise sogar Rückschritte. Verstärkt wird das Problem durch das hohe Bevölkerungswachstum. Wir sollten dafür sorgen, dass niemand von der jungen Generation zurückgelassen wird.

Warum haben Sie eine bildliche Darstellung gewählt?

Man muss auf das Publikum zugehen, um Themen ins Bewusstsein zu rücken. Wir haben herausgefunden, dass nur wenige Leute die Grafiken und Statistiken der Weltbank verstehen – sie sind zu statisch. Wir wollten die Dynamik von Armut deutlich machen. Und wir wollten herausstellen, dass es Fortschritte gibt, auch wenn noch immer viele Leute zurückgelassen werden, weil die Armutsreduzierung zu langsam voranschreitet. Um die Armut bis 2030 zu beenden, muss mehr geschehen.

Woher beziehen Sie Ihre Daten?

Wir nutzen Sammelstatistiken, die die Weltbank auf Basis von Haushaltsbefragungen erstellt. Sie stehen auf der PovCal-Datenbank der Weltbank zur Verfügung. Dies

ergänzen wir mit Daten vom Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, die der Internationale Währungsfonds (IWF) und das Internationale Institut für Angewandte Systemanalyse (IIASA) in Wien erheben. Das IIASA hat so genannte „gemeinsame sozio-ökonomische Wege“ für alle Länder der Welt erstellt. Es hat außerdem sehr gute Daten in Bezug auf Demografie und Bevölkerungswachstum gesammelt.

Wie verlässlich sind die Daten?

Es gibt natürlich Zweifel an der Qualität mancher Daten, besonders im Vergleich zwischen den Ländern. Denn die Länder benutzen teils verschiedene Methoden, um Umfragen durchzuführen, also ist ein Vergleich schwierig. Wir haben aber dennoch großes Vertrauen in länderspezifische Verläufe, weil sich die Methoden im Laufe der Zeit kaum verändert haben. Deshalb ist die Richtung eindeutig. In Ländern, die von Krieg betroffen sind, ist es allerdings sehr schwer, Daten zu erheben. Die gute Nachricht ist aber, dass der Großteil der Länder nicht von massiver Gewalt betroffen ist und

deshalb unser Gesamtbild ziemlich genau ist.

Welche Implikationen bietet die Poverty Clock der Entwicklungspolitik?

Wir sollten uns natürlich über die Erfolge bei der Reduzierung der globalen Armut in den vergangenen zwei Dekaden freuen, aber wir sollten auch Alarm schlagen, dass sich die Geschwindigkeit der Armutsreduzierung verringert. Wenn sich die Politik nicht ändert, werden wir bald auf ein neues Narrativ antworten müssen, nämlich, dass die Armutsbekämpfung nicht mehr schnell genug voranschreitet. Entwicklungspolitiker müssen sich Lösungen überlegen, wie mit schwierigen Regionen umzugehen ist, die keine stabile und effektive Regierung haben, und Regionen, die von Krisen wie Klimawandel, Seuchen oder Konflikten betroffen sind. An diesen Orten ist die Armut am schlimmsten.

Was ist das nächste Ziel der Poverty Clock?

Wir würden gerne subnationale Daten erschließen. Wir haben erfolgreich ein sub-

nationales Modul in Kenia pilotiert und verfeinern die Methode auch in Europa und den USA, wo bessere Daten vorhanden sind. Wir arbeiten daran jetzt auch in Pakistan, Brasilien und Indonesien. Wir erhoffen uns dadurch die Entwicklung von mehr automatisierten Techniken, die wir weltweit anwenden können. Wir schaffen auch genauere regionale Poverty Clocks, zum Beispiel eine für Afrika, und wir erweitern die Methode, um ländliche Armut zu verdeutlichen. Vielleicht werden wir auch noch Instrumente zur Messung anderer SDGs wie Hunger, Wasser oder Sanitäreinrichtungen entwickeln.



HOMI KHARAS

ist Senior Economic Adviser des World Data Lab sowie Interims-Vize-Präsident und Direktor des Global-

Economy-and-Development-Programms der Brookings Institution in Washington.
hkharas@brookings.edu

Global denken, global handeln

Die Millennium Development Goals (MDGs) haben zu einem Paradigmenwechsel in der internationalen Zusammenarbeit geführt. Die Agenda betonte die gemeinsame Verantwortung des globalen Nordens und Südens und die Notwendigkeit, zusammen zu handeln. Die Nachfolgeagenda der Sustainable Development Goals (SDGs) ist noch umfassender und anspruchsvoller.

Von Belay Begashaw

Die MDGs sind ein Meilenstein in der Geschichte internationaler Zusammenarbeit. Die aus ihnen erwachsene gemeinsame Vision und das Verantwortungsbewusstsein sind beispiellos. Die Agenda hat zu einem Paradigmenwechsel in der Kooperation souveräner Partner geführt, die ansonsten unterschiedliche Interessen verfolgt und verschiedene

Prioritäten gesetzt hätten. Mit der Verabschiedung der MDGs im Jahr 2000 hat die Welt erstmals mit der Tradition gebrochen, Verträge und Übereinkommen zu unterschreiben, und sich stattdessen einen globalen Aktionsplan mit definierten Zielen gegeben.

Die Agenda, deren Ziel die Eindämmung bitterer Armut war, führte einen integrierten Entwicklungsansatz ein, um den Zielkatalog umfassend und zeitgleich umzusetzen.

Die MDGs haben auch unser Denken verändert. Durch eine gemeinsame Vision und die Einführung neuer globaler Werte sowie eine Neuausrichtung von Partnerschaften förderten sie politische Konvergenz. Bestimmendes Prinzip dafür waren die weltweiten Herausforderungen der Menschheit und der Versuch, ihnen erfolgreich zu begegnen.

Die Globalisierung der 1980er und 90er Jahre führte zu wachsenden Überschneidungsbereichen von Nationen, und die internationale Gemeinschaft erkannte erstmals, dass verspätetes Handeln jegliche Errungenschaften der zivilisierten Welt zunichtemachen könnte. Egal, wo und wie Herausforderungen entstehen – wir alle sind für ihre Ursache und Lösung verantwortlich.

Die MDGs gingen über Slogans und die Formulierung von Wünschen hinaus. Die Ziele waren klar und hatten einen definierten Rahmen. Sie veränderten auch den alten Leitspruch „Global denken, lokal handeln“, indem sie die Notwendigkeit betonten, global zu handeln – analog zum Denken. Globales Handeln innerhalb des MDG-Prozesses beinhaltete zum Beispiel:

- die Schaffung eines globalen Fonds, um verschiedene Ziele der Agenda zu unterstützen,
- weltweiten Austausch über Erfahrungen und Programme sowie
- das Setzen von Bewertungs- und Evaluierungsstandards.



Die Millennium Development Goals halfen, ansteckende Krankheiten wie Tuberkulose einzudämmen. Impfung eines Babys in Indonesien.

ERFOLGREICHER KAMPF GEGEN ARMUT

Der Erfolg der MDGs war von Land zu Land und in Bezug auf die verschiedenen Ziele unterschiedlich. Im Vergleich zum Basisjahr 1990 machten Dutzende Länder in Afrika und Asien große Fortschritte bei der Bekämpfung von Armut und befreiten Millionen Menschen aus der Armutsfalle. Fast ebenso viele Menschen profitierten von sogenannten Quick-Win-Maßnahmen wie:

- höheren Einschulungsraten,
- weniger Ungleichheit der Geschlechter,
- reduzierter Kinder-, Neugeborenen- und Müttersterblichkeit und
- der Eindämmung übertragbarer Krankheiten wie Tuberkulose, Malaria und HIV/Aids.

Andererseits sind die Erfolge nicht immer von Dauer. Es wurde kein angemessenes System geschaffen, um ihre Nachhaltigkeit zu gewährleisten. Die Lehre daraus ist, dass konzentrierte Aktionen zum Erfolg führen können, dessen langfristiger Erhalt aber adäquate Institutionen braucht.

Auch in Bezug auf Verwaltung und Umsetzung gab es Schwachpunkte in jedem Stadium der MDGs von der Formulierung der Agenda über den Aufbau von Kapazitäten für die Implementierung bis hin zu Monitoring und Evaluierung. Der gesamte Prozess war weitgehend vorbestimmt – die globalen Diskussionen, die ihn begleiteten, schlugen sich kaum darin nieder. Bei den SDGs soll das besser laufen.

Eine wichtige Erkenntnis besteht darin, dass die MDGs nicht vielseitig genug waren. Sie konnten die notwendige Transformation nicht herbeiführen. Indem sie sich auf bestimmte Bereiche konzentrierten, in denen schnelle Ergebnisse möglich waren, beachteten sie übergeordnete Themen wie Klimawandel und Ungleichheit zu wenig. So waren die erzielten Fortschritte denn auch weniger befriedigend als erhofft.

Weitgehend außer Acht gelassen wurde die Frage, wie Erfolgsgeschichten wiederholt und ausgeweitet werden könnten. Koordinierte Investitionen in Gesundheit, Bildung, Landwirtschaft und Infrastruktur führen zu wichtigen Synergien. Erfolge in der Landwirtschaft gehen zum Beispiel Hand in Hand mit dem Bemühen um bessere Ernährung, und höhere Bildung für Mädchen senkt das Bevölkerungswachstum. Gesündere Kinder lernen besser und besuchen die Schule regelmäßiger; Schulen lehren Gesundheitsbewusstsein; Infrastruktur wie Strom und Wasser verbessern sowohl die Gesundheit als auch die Bildung. Allerdings wirken sich Rückschläge in einem Bereich auch auf alle anderen Bereiche aus.

Eine Rolle spielt auch das Versagen der internationalen Gebergemeinschaft, ihrer Verpflichtung nachzukommen, die staatliche Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA) auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu erhöhen. Die Gruppe der 29 Geberländer innerhalb der OECD kam 2016 nur auf eine ODA-Quote von 0,32 Prozent ihres kombinierten BNE. Dadurch fehlten rund

170 Milliarden Dollar an Entwicklungshilfe. Diese Finanzierungslücke wirkte sich direkt auf die Umsetzung der MDGs in Entwicklungsländern aus.

HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE NEUE AGENDA

Ziel der Agenda 2030 ist eine gesellschaftliche Transformation. Sie geht weit darüber hinaus, Armut im nationalen sozioökonomischen Kontext zu bekämpfen. Ziel ist die Rettung der Erde. Nachhaltige Entwicklung bedeutet, Erträge zu teilen und Resilienz aufzubauen. Die Menschheit braucht Wirtschaftswachstum innerhalb der planetaren Grenze und ohne jemanden auszuschließen.

Doch auch an den SDGs gibt es einige Kritik. Sie reicht vom halbgaren Konzept über Implementierungsprobleme bis zu Unklarheiten in der Verwaltung. Die Ziele sind zwar klar definiert, nicht aber die Wege, um sie zu erreichen. Daher ist es wichtig, dass die Maßnahmen zur Implementierung technisch realisierbar und finanziell erschwinglich sind und vor allen Dingen die Umwelt nicht belasten. Die Verantwortlichen stehen in diesem Sinne vor großen Herausforderungen.



BELAY BEGASHAW
ist Direktor des afrikanischen Sustainable-Development-Goals-Zentrums für Afrika (SDGC/A) in Kigali, Ruanda.

bbegashaw@sdgcafrica.org

Verbesserung in vielen Bereichen

Nach Ablauf des gesteckten Zeitraums von 15 Jahren zum Erreichen der Millenniums-entwicklungsziele (Millennium Development Goals – MDGs) zogen die UN 2015 in einem Abschlussbericht eine umfassende Bilanz mithilfe von Daten zahlreicher UN-Organisationen. Der Trend war durchweg positiv.

ZIEL 1: BESEITIGUNG DER EXTREMEN ARMUT UND DES HUNGERS

Die extreme Armut ging deutlich zurück. 1990 lebte fast die Hälfte der Bevölkerung der Entwicklungsländer von weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag. Ihr Anteil betrug 2015 noch 14 Prozent. Weltweit fiel die Zahl der extrem Armen zwischen 1990 und 2015 um mehr als die Hälfte, von 1,9 Milliarden auf 836 Millionen. Der Anteil unterernährter Menschen war seit 1990 um beinahe die Hälfte zurückgegangen. Die Zahl der Erwerbstätigen, die der Mittelschicht angehören und eine Kaufkraft von mehr als vier Dollar pro Tag und Kopf haben, verdreifachte sich 1991 bis 2015 fast.

ZIEL 2: VERWIRKLICHUNG DER ALLGEMEINEN GRUNDSCHULBILDUNG

In den Entwicklungsländern stieg die Einschulungsquote im Grundschulbereich zwischen 2000 und 2015 von 83 auf 91 Prozent. Im selben Zeitraum sank die Zahl der Kinder im Grundschulalter, die keine Schule besuchten, weltweit fast um die Hälfte, von 100 auf

schätzungsweise 57 Millionen. Die größten Fortschritte wurden südlich der Sahara erzielt.

ZIEL 3: FÖRDERUNG DER GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER

2015 besuchten viel mehr Mädchen eine Schule als 15 Jahre zuvor. Alle Entwicklungsländer haben die Zielvorgabe erreicht, Geschlechterdisparitäten in der Grund- und Sekundarstufe und im tertiären Bildungsbereich zu beseitigen. In Südasien kamen 1990 auf 100 Jungen, die die Grundschule besuchten, nur 74 Mädchen. 2015 waren es 103 Mädchen je 100 Jungen.

ZIEL 4: SENKUNG DER KINDERSTERBLICHKEIT

Zwischen 1990 und 2015 sank die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren weltweit um mehr als die Hälfte, von 90 auf 43 Sterbefälle je 1000 Lebendgeburten. In absoluten Zahlen war das ein Rückgang von 12,7 Millionen auf knapp 6 Millionen. Masernimpfungen verhinderten zwischen 2000 und 2013 fast 15,6 Millionen Todesfälle. Die Zahl der weltweit gemeldeten Masernfälle sank in diesem Zeitraum um 67 Prozent.

ZIEL 5: VERBESSERUNG DER MÜTTERGESUNDHEIT

Die Müttersterblichkeitsrate ging weltweit um 45 Prozent zurück. 2014 wurden über 71 Prozent der Geburten weltweit von medizinischem Fachpersonal betreut, 1990 waren es nur 59 Prozent.

ZIEL 6: BEKÄMPFUNG VON HIV/AIDS, MALARIA UND ANDEREN KRANKHEITEN

Die Zahl der HIV-Neuinfektionen sank zwischen 2000 und 2013 um rund 40 Prozent, von schätzungsweise 3,5 auf 2,1 Millionen Fälle. Im Juni 2014 bekamen weltweit 13,6 Millionen HIV-Infizierte antiretrovirale Medikamente. 2003 galt das nur für 800 000 Patienten. Zwischen 2000 und 2015 wurden über 6,2 Millionen Malaria-todesfälle abgewendet, hauptsächlich bei Kindern unter fünf Jahren im südlichen Afrika. Die weltweite Malaria-Inzidenzrate sank um schätzungsweise 37 Prozent, die Sterblichkeits-

men. In Lateinamerika und der Karibik stieg der Anteil der geschützten Landgebiete zwischen 1990 und 2014 von 8,8 auf 23,4 Prozent der Landfläche. 2015 haben 91 Prozent der Weltbevölkerung Zugang zu sicherem Trinkwasser – gegenüber 76 Prozent im Jahr 1990. Das entspricht 2,6 Milliarden Menschen. Weltweit haben 147 Länder das Trinkwasserziel, 95 das Sanitärversorgungsziel und 77 Länder beide Ziele erreicht.

ZIEL 8: AUFBAU EINER WELTWEITEN ENTWICKLUNGSPARTNERSCHAFT

Die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA – official develop-



MDG-Erfolg: Die Anzahl an Meeres-, Küsten- und Landschutzzonen wie hier nahe dem Kap der guten Hoffnung in Südafrika hat sich vergrößert.

rate um 58 Prozent. Zwischen 2000 und 2013 wurden durch Tuberkuloseprävention und -behandlung etwa 37 Millionen Menschenleben gerettet. Die Tuberkulose-Sterblichkeitsrate fiel zwischen 1990 und 2013 um 45 Prozent, die Prävalenzrate um 41 Prozent.

ZIEL 7: SICHERUNG DER ÖKOLOGISCHEN NACHHALTIGKEIT

Land- und Meeresschutzgebiete haben seit 1990 in vielen Regionen erheblich zugenom-

men. In Lateinamerika und der Karibik stieg der Anteil der geschützten Landgebiete zwischen 1990 und 2014 von 8,8 auf 23,4 Prozent der Landfläche. 2015 haben 91 Prozent der Weltbevölkerung Zugang zu sicherem Trinkwasser – gegenüber 76 Prozent im Jahr 1990. Das entspricht 2,6 Milliarden Menschen. Weltweit haben 147 Länder das Trinkwasserziel, 95 das Sanitärversorgungsziel und 77 Länder beide Ziele erreicht.

LINK

Millenniumsentwicklungsziele Bericht 2015:

<http://www.un.org/depts/german/millennium/MDG%20Report%202015%20German.pdf>

Die Vernichtung von Moskitolarven ist die beste Prävention

Früher war Malaria in Botswana ein riesiges Problem. In den 1950er Jahren leitete das südafrikanische Land Maßnahmen gegen die Ausbreitung der Krankheit ein – und erzielte damit insbesondere in den letzten Jahren beachtliche Erfolge.

Von Meekaeel Siphambili

Malaria, die durch die weibliche Anopheles-Mücke übertragen wird, stellt viele Länder des globalen Südens vor große Herausforderungen, vor allem in Afrika. Zwar gab es bereits Fortschritte im Kampf gegen die Krankheit. Aber die Weltgesundheitsorganisation (WHO) warnt vor einer Stagnation. Das Millenniums-Entwicklungsziel über die Reduzierung der Malariafälle wurde erreicht, weltweit ging die Zahl der Erkrankungen zwischen den Jahren 2000 und 2015 um 37 Prozent zurück. Aber seither sind die Infektionsraten wieder gestiegen. Laut WHO kommen in Afrika 90 Prozent aller weltweiten Malariafälle vor und 91 Prozent aller Malaria-Todesfälle.

Botswana hat die notwendigen Maßnahmen ergriffen. Bereits in den 1950er Jahren begann die Regierung mit der Kontrolle der Krankheit, wie Kabo Garegae vom Nationalen Malaria-Programm (NMP) berichtet. 1974 wurde ein umfassendes Programm gestartet. Trotzdem habe es in den Jahren 1996, 1997, 2006 und 2013 „sporadische Epidemien“ gegeben, sagt Garegae. Vor allem in der Regenzeit zwischen November und Mai steigt das Risiko einer Ansteckung. Aber dank des NMP konnte die Zahl der Erkrankungen in dem 2,3-Millionen-Einwohner-Land von 8056 im Jahr 2000 auf 456 im Jahr 2013 reduziert werden – ein Rückgang um 94 Prozent.

NUTZUNG VON INSEKTIZIDEN

Ein Politikwechsel im Jahr 2010 erwies sich als effektiv. Hauptgrund war die Einführung des Insektizids Dichlorodiphenyltrichlorethan (DDT) zur Nutzung als Spray in Häusern sowie an den Brutstätten der Moskitos. Mos-

kitonetze über Betten haben sich als bester Schutz vor den Stechmücken erwiesen und sind in Botswana weit verbreitet. Sind die Netze mit dem Insektizid LLIN imprägniert, sterben die Moskitos, sobald sie auf dem Netz landen.

Eine weitere erfolgreiche Maßnahme war die Fortbildung von Angestellten im Gesundheitssektor. In Zusammenarbeit mit der WHO und anderen Partnern bietet das NMP Kurse an, damit die Diagnosen und die Behandlung von Malaria verbessert werden.

In Botswana gibt es 674 Gesundheitszentren und 900 Stationen für mobile Kli-



In Feuchtgebieten wie dem Okavango-Delta in Botswana besteht noch immer ein hohes Risiko, an Malaria zu erkranken.

niken. Zudem gehen Teams der Gesundheitsbehörden in die Dörfer, dabei wird jedes Dorf erreicht. Zur Aufklärung tragen auch Radiosender bei. In besonders von Malaria betroffenen Gegenden wurden Werbeflächen in Bussen für Kampagnen genutzt, und dank der Verbreitung von Mobiltelefonen erreichen Informationen inzwischen noch mehr Menschen.

In den Kampagnen wird empfohlen, Moskitosprays zu benutzen und abends, wenn die Mücken aktiv sind, den Körper vollständig mit Kleidung zu bedecken.

Auch das Sauberhalten des Wohnumfelds ist wichtig. „Alte Reifen, leere Dosen und andere Gegenstände, in denen sich Wasser sammeln kann, sind ideale Brutstätten für Moskitos“, sagt Garegae. Dies sei inzwischen den meisten Menschen in Botswana bewusst. „Die Larven zu töten ist die beste Vorbeugung gegen Malaria“, sagt der NMP-Vertreter.

Die meisten Malariagebiete in Botswana befinden sich im Nordwesten des Landes, wo die Flüsse das ganze Jahr über einen hohen Wasserpegel haben. Für Menschen, die in Malariagebiete reisen, sei die Prophylaxe wichtig. Den dort lebenden Schwangeren wird geraten, bis sechs Wochen vor der Entbindung Medikamente gegen Malaria einzunehmen, da die Krankheit Schwangere und ungeborene Kinder besonders gefährdet.

„Abgelegene Gegenden, die schwer zu erreichen sind, waren schon immer eine Herausforderung“, sagt Garegae. „Aber wir ha-

ben dieses Problem durch mobile Kliniken gelöst.“ Sie bringen Medikamente und medizinisches Personal dorthin.

Der WHO-Vertreter Kentse Moakofhi bestätigt Botswanas Erfolge: „Die Statistiken beweisen, dass Botswana es geschafft hat, Malaria zu bekämpfen.“



MEEKAEEL SIPHAMBILI
ist freier Journalist in
Gaborone.

msiphambili@yahoo.com

Impfungen für Afrika

Seit die Weltgesundheitsorganisation (WHO) 1974 das Expanded Programme on Immunisation (EPI) eingeführt hat, gibt es in Afrika deutlich weniger Krankheiten. Dieser Aufsatz behandelt einige der wichtigsten Erfolge sowie politische und technische Hintergründe.

Von Benjamin M. Kagina, Hannah Hussey, Rudzani Muloiwa und Gregory D. Hussey

Dank des EPI wurde Immunisierung zum integralen Bestandteil des Gesundheitssektors afrikanischer Länder. Zunächst wurden Kinder gegen sechs Krankheiten geimpft: Diphtherie, Keuchhusten, Tetanus, Polio, Tuberkulose und Masern. Über die Jahrzehnte wurden die Impfprogramme immer besser. Heute gibt es in Afrika zusätzlich Schutzimpfungen gegen folgende sechs Krankheiten: Röteln, Hepatitis B, Haemophilus influenzae, Rotavirus, Pneumokokken und Gebärmutterhalskrebs.

Dass man Infektionskrankheiten wie Polio und Masern in Afrika in den Griff bekommen hat, gilt als Erfolg des EPI. Natürlich ist es für das Gelingen solcher Programme entscheidend, wie effizient und kompetent nationale Institutionen agieren – politische Instabilität und andere Probleme können dies beeinträchtigen.

Die nationale Impfquote wird anhand der Anzahl der Säuglinge im Land bemessen, die drei Mal den Impfstoff DPT3 erhalten haben. DPT3 schützt vor Diphtherie, Keuchhusten und Tetanus. EPI hat den Impfschutz in afrikanischen Ländern deutlich erhöht: Noch 1974 erhielten weniger als fünf Prozent der Kinder in Afrika die notwendigen drei Gaben DPT3. 2000 waren es 52 Prozent, 2015 schließlich 76 Prozent. Auch sterben sehr viel weniger Menschen an Masern. Neue lebensrettende Impfstoffe wurden mit großem Erfolg eingeführt, etwa in Südafrika, wo dank der Einführung der Rotavirus-Impfung innerhalb eines Jahres 60 Prozent weniger Kinder unter fünf in die Klinik mussten.

Die größte Errungenschaft ist jedoch, dass schwere Gesundheitsrisiken eliminiert werden konnten oder kurz vor der Elimi-

nierung stehen. Ein erster Triumph war die Ausrottung der Pocken. Der letzte bekannte natürliche Pockenfall wurde 1977 in Somalia gemeldet, 1980 erklärte die WHO die Welt für pockenfrei. Wichtige Erkenntnisse aus der Bekämpfung der Krankheit konnten für EPI genutzt werden:

- erfolgreiche Impfprogramme erfordern starke Systeme zur Krankheitsüberwachung, weil man ganz genau wissen muss, wie Infektionen sich ausbreiten, und Ge-

fungrate entfalten: auf Bezirks-, Provinz-, und nationaler Ebene sowie innerhalb einer Weltregion.

KRANKHEITEN AUSMERZEN

Mittlerweile wurde auch das Poliovirus fast ausgerottet. Vor dem EPI gab es drei Arten von Polio-Wildviren (WPV1, WPV2 und WPV3), die Lähmung und Tod von Millionen von Kindern verursachten. Die verbesserten Polio-Impfungen führten zu deutlich weniger Fällen von Lähmung durch Polio. Trotzdem wurden in den späten 1980er Jahren in Afrika immer noch mehr als 1000 Kinder täglich in Folge der Krankheit gelähmt. Seit 1999 ist WPV2 ausgerottet. WPV3



Ein sambisches Kind wird gegen Diphtherie, Keuchhusten und Tetanus geimpft.

sundheitseinrichtungen zügig auf neu auftretende Fälle reagieren müssen,

- Impfprogramme sollten durch ergänzende Maßnahmen, wie umfassende Aufklärung, unterstützt werden,
- technische Innovation ist enorm wichtig. Generell bedarf es Kapazitätsaufbau, politischer Zusagen, internationaler Zusammenarbeit und angemessener Ressourcen. Das funktioniert nur, wenn Gesundheitssysteme effizient gestaltet und verwaltet werden. Ihre maximale Wirkung können Impfstoffe nur bei einer hohen Durchimp-

wurde zuletzt 2012 gemeldet. Von 2014 bis 2015 wurde nicht eine wilde Polio-Infektion in Afrika registriert. Dennoch wurde ein Ausbruch von WPV1 zuletzt im August 2016 in Nigeria gemeldet.

Impfungen gegen Polio sind nicht ohne. Die traditionell verwendete Impfung mit dem trivalenten oralen Polioimpfstoff tOPV enthält ein geschwächtes, aber lebendes WPV2-Virus. Selten mutiert es und verursacht – meist in unterimpften Populationen – vom Impfstoff abgeleitete Polio. Zu solchen Einzelfällen kam es 2017 und 2018

in Somalia und der Demokratischen Republik Kongo. Heute sind bessere Impfstoffe verfügbar, tOPV wird nach und nach abgesetzt. Afrika ist dabei, Polio ausrotten.

Jedes Jahr starben mehrere tausend Kinder in Afrika an mütterlichem und frühkindlichem Tetanus (MTN). Meist kommt es bei nicht ordnungsgemäß durchgeführten Geburten zu Infektionen, die durch eine Impfung vermeidbar wären. 43 der 54 afrikanischen Länder hatten Tetanus bis zum Januar 2018 ausgerottet. Impfprogramme und ein guter Zugang zu Gesundheitsversorgung sind zentral.

Auch der Kampf gegen Meningitis schreitet voran. Es gibt weltweit verschiedene Arten des Bakteriums, von dem ein spezifischer Typ (Meningococcal A) in der Vergangenheit tausende Afrikaner tötete. Am schlimmsten betroffen sind die 26 Länder im sogenannten „Meningitis-Gürtel“, von Senegal bis Äthiopien, wo es alle paar Jahre Epidemien gibt. 1996/97 starben bei einem Ausbruch 25000 Menschen, zehn Prozent der Infizierten. Die afrikanischen Regierungen erklärten die Meningitis-Prävention daraufhin zur obersten Priorität.

Internationale Partner wie die WHO, die Bill und Melinda Gates-Stiftung sowie die US-amerikanischen Zentren für Seuchenkontrolle und -prävention unterstützen sie dabei. Das Meningitis Vaccine Project wurde ins Leben gerufen, ein Projekt zur Immunisierung gegen Meningitis, das Serum Institute of India (SSI) begann mit der Impfstoffentwicklung und konnte MenAfriVac® für einen halben Dollar pro Dosis produzieren. Den Preis für diesen ersten speziell für Afrika entwickelten Impfstoff legten die afrikanischen Gesundheitsminister fest.

DER WEG ZUM ERFOLG

2010 wurde MenAfriVac® im Meningitis-Gürtel eingeführt. Bis 2017 wurden mehr als 270 Millionen Menschen geimpft – mit riesigem Erfolg: Es wird berichtet, dass es in den 21 Ländern, die den Impfstoff verwenden, 99 Prozent weniger Meningitis-Fälle der Gruppe A-Bakterien gab. Bis 2020 sollen mehr als 400 Millionen Menschen mit MenAfriVac® geimpft werden – dadurch werden eine Million Fälle von Meningitis A und somit rund 150000 Todesfälle und 250000 Fälle schwerer Behinderung verhindert.

Die internationale Zusammenarbeit erwies sich in vielerlei Hinsicht als unerlässlich. Tatsächlich regten multilaterale Programme häufig auch afrikanische Maßnahmen an, wobei EPI nicht die einzige war. Erwähnenswert sind auch:

- die Globale Initiative zur Ausrottung von Polio, die die WHO 1988 ins Leben rief,
- die von privaten und öffentlichen Organisationen unterstützte Children's Vaccine Initiative von 1991, mit spezieller Zielgruppe Kinder, geleitet von WHO, UNICEF, UNDP, Weltbank und Rockefeller-Stiftung,
- die UN-Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals – MDGs) von 2000,
- die Global Immunisation Vision and Strategy (GIVS) 2006,
- der globale Impfkaktionsplan (Global Vaccine Action Plan – GVAP) der WHO von 2012 und
- die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) ab 2016.

Im Rahmen des GVAP haben sich Staats- und Regierungschefs – unter anderem aus Afrika – verpflichtet, bis 2020 einen nationalen Impfschutz von 90 Prozent zu erreichen. Dazu haben die afrikanischen Regierungschefs 2016 in Addis Abeba den recht ehrgeizigen Regional Strategic Plan for Immunisation (RSPI) verabschiedet, die meist als Addis Declaration on Immunisation (ADI) bezeichnet wird.

Die Mobilisierung von Ressourcen auf nationaler, regionaler und globaler Ebene ist mühsam. Bedeutsam war daher die Gründung der Globalen Impfallianz (Global Alliance for Vaccines and Immunization – GAVI) durch die Gates-Stiftung im Jahr 2000 mit einer Spende von 750 Millionen Dollar. Einen Teil der Impfkosten tragen jedoch die afrikanischen Länder.

Um die Impf-Akzeptanz zu stärken, feiern seit 2011 immer mehr Länder die African Vaccine Week. Auf technischer Ebene hat die Zusammenarbeit bei der Krankheitsüberwachung große Fortschritte gemacht. 1998 entschied man sich zur Einrichtung des Integrated Disease Surveillance Systems in Afrika, außerdem wurden Überwachungsnetze für einzelne Krankheiten eingerichtet, wie etwa das Africa Rotavirus Surveillance Network. Seit 2006 hat es das Ziel, verlässliche Informationen über Krankheiten in einer Region zu liefern und evidenzbasierte Entscheidungen zu erleichtern.

Forschung ist unverzichtbar. Um den Erfolg zu maximieren, müssen alle Kenntnisse sorgfältig überprüft werden. Technisch ist das sehr anspruchsvoll, auch weil innovative Methoden getestet werden. Die Forschung zu durch Immunisierung vermeidbaren Krankheiten in der Region hat sich von 1974 bis 2017 enorm entwickelt. Sie konzentriert sich in der jeweiligen Region auf die Krankheiten, die auf dem ganzen Kontinent auf der Prioritätenliste stehen.

Trotz großer Erfolge ist Afrika längst nicht in der Lage, die Möglichkeiten, die die vorhandenen Impfstoffe bieten, optimal zu nutzen. Die Impfquote liegt weiterhin unter den angestrebten 90 Prozent und die Finanzierung der lebensrettenden Impfstoffe hängt von GAVI ab. Es muss sich noch einiges tun. Mehr Geld und stärkeres Engagement der nationalen Regierungen in der Region sind nötig. Auch müssen Immunisierung und entsprechende Lösungen weiter erforscht werden.



BENJAMIN M. KAGINA
ist Forschungsbeauftragter
und Immunologe der
Vaccines for Africa Initiative
(VACFA) an der School of

Public Health and Family Medicine der Universität Kapstadt. VACFA führt evidenzbasierte Impfforschung durch und will die Immunisierungsprogramme in Afrika stärken. Die VACFA kooperiert unter anderem mit der WHO und der Impfallianz GAVI, um nationale Impfgruppen in verschiedenen afrikanischen Ländern zu schulen.
benjamin.kagina@uct.ac.za



HANNAH HUSSEY
ist Ärztin am Groote Schuur
Hospital in Kapstadt und
arbeitet eng mit dem
VACFA-Team zusammen.



RUDZANI MULOIWA
ist Kinderarzt und Teil des
VACFA-Teams.



GREGORY D. HUSSEY
ist Professor für Medizin und
leitet die VACFA.

Geringes Medieninteresse an guter Nachricht

Anfang Mai wurde ein Ebola-Ausbruch in der Demokratischen Republik Kongo gemeldet. Bislang war so etwas nur im ländlichen Raum vorgekommen, wo die Seuche leichter zu kontrollieren ist. Diesmal war dagegen die Stadt Mbandaka mit rund einer Million Menschen betroffen. Experten warnten, auch im zehnmal größeren Kinshasa könne es bald Infektionen geben.

Von Hans Dembowski

Durch die Ebola-Epidemie in den westafrikanischen Ländern Guinea, Liberia und Sierra Leone wurden von 2014 bis 2016 rund 28.000 Menschen infiziert, von denen etwa 40 Prozent starben. Offensichtlich hatten internationale Institutionen – vor allem die Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization – WHO) – zu langsam reagiert und verhinderten die Ausbreitung der Seuche nicht rasch genug.

Ende Mai meldeten die internationalen Medien aber, im Kongo liefen die Dinge besser. Der Londoner Economist lobte etwa die WHO ausdrücklich für schnelles und kompetentes Handeln. Auch die örtlichen Behörden und internationale zivilgesellschaftliche Organisationen reagierten zügig. Alle Beteiligten stimmten sich ab und agierten gemeinsam.

Ende Juni teilte die WHO dann mit, der Ebola-Ausbruch sei „weitgehend im Griff“. Aus Sicht vieler Journalisten war das keine Spitzenmeldung. Ihnen gilt als normal, wenn Institutionen ihren Aufgaben gerecht werden. Manchmal ist es ein gutes Zeichen, wenn es keine Schlagzeilen gibt.

Es war hilfreich, dass es im Kongo schon öfter Ebola-Ausbrüche gab. Die Behörden dort sind tendenziell chaotisch und das Gesundheitswesen ist überfordert. Es kennt sich aber mit Ebola-Risiken aus. Die Krankheit wurde hier zum ersten Mal diagnostiziert und trägt den Namen eines Flusses. Der Arzt Jean-Jacques Muyembe, der an der historischen Erstdiagnose beteiligt war, sagte der BBC im Mai zuversicht-

lich: „Wir beenden diesen Ebola-Ausbruch so schnell wie möglich.“

Auch medizinischer Fortschritt hat geholfen. Es gibt ein innovatives Impfmittel. Die WHO hat es in Kooperation mit örtlichen Ämtern, UNICEF, Ärzten ohne Grenzen und der Impfallianz Gavi verwendet. Die Partner verfolgten dabei ein ungewöhnliches Konzept: Sie versuchten nicht, die Bevölkerung generell zu immunisieren, sondern nur die Menschen, die Kontakt mit Patienten hatten. Diese „Ring“-Strategie war aus mehreren Gründen sinnvoll:



Eine WHO-Mitarbeiterin bereitet Ende Mai in Mbandaka eine Impfung vor.

- Es ging darum, die Ausbreitung der Krankheit zu stoppen.
- Die Vorräte des Impfstoffs waren begrenzt.
- Die klinischen Tests waren nicht abgeschlossen und Nebenwirkungen nicht auszuschließen. Dennoch waren die Impfungen zu verantworten, denn eine Ebola-Infektion verläuft oft tödlich und wäre sicherlich gefährlicher gewesen.

Nature, die angesehene wissenschaftliche Zeitschrift, berichtete zudem vom Einsatz eines neuen gentechnischen Diagnosemittels. Früher dauerte es Tage, bis das Ergebnis einer Ebola-Untersuchung fest-

stand. Heute gibt das Labor innerhalb von Stunden Bescheid.

Dass es jetzt keine Probleme mehr geben wird, kann selbstverständlich niemand garantieren. WHO-Sprecher Tarik Jasarevic warnte im Juni, eine einzige Neuinfektion könne zu einer schnell eskalierenden Krise führen. Es sei nötig, die Lage aufmerksam zu beobachten. Er riet zu Vorsicht.

Das stimmt – Vorsicht ist bei einer Krankheit wie Ebola immer nötig. Dennoch ist ermutigend, was im Kongo geschehen ist. Örtliche und internationale Organisationen haben kompetent gehandelt und sich dabei wissenschaftlichen Fortschritt zunutze gemacht.

August gab es dann neue Ebola-Meldungen – aber diesmal aus der Gegend um Goma, ganz im Osten des Landes. Die offiziellen Angaben, dass dieser Ausbruch nichts mit dem in Mbandaka zu tun hat, sind plausibel. Ihn in den Griff zu bekommen, dürf-

te schwieriger werden, denn im Osten des Kongos sind diverse Milizen aktiv und schüren immer wieder Gewalt. Laut International Rescue Committee ist die Lage schlecht. Probleme in Goma machen aber Erfolge in Mbandaka nicht ungeschehen – und es wäre gut, wenn die Medien diese Nachricht auch transportieren würden.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z
Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and Cooperation.

euз.editor@fazit-communication.de

20 Jahre länger leben

Die Weltbevölkerung wächst langsamer als früher, weil die Geburtenrate in den meisten Ländern gesunken ist. Die Lebenserwartung ist derweil deutlich gestiegen. Überbevölkerung ist ein ernstes Thema – aber weniger bedrohlich, als Prognosen in früheren Jahrzehnten behaupteten. Alisa Kaps vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung erläutert den Stand der Dinge.

Alisa Kaps im Interview mit Hans Dembow-ski

Warum können wir relativ sicher sein, dass die Weltbevölkerung in den kommenden Jahrzehnten aufhören wird zu wachsen?

Global gesehen bekommen Frauen heute im Schnitt nur noch halb so viele Kinder wie in den 1960er Jahren. In über 80 Ländern liegen die Geburtenziffern heute unter dem sogenannten bestandserhaltenden Niveau von 2,1 Kindern je Frau, bei dem die Bevölkerung ohne Zuwanderung aufhört zu wachsen. Das weltweite relative Bevölkerungswachstum hat sich dadurch bereits halbiert, auch wenn die absolute Zahl der Menschen noch um etwa 70 Millionen Menschen pro Jahr steigt.

Ist der Trend zu geringeren Kinderzahlen stabil?

Ja, er dürfte sich auch in Zukunft fortsetzen, insbesondere in den am wenigsten entwickelten Ländern, wo Frauen heute im Mittel noch mehr als vier Kinder bekommen. Wenn die Geburtenziffern in diesen Ländern in dem Tempo sinken, wie sie in der Vergangenheit weltweit gesunken sind, könnte das weltweite Bevölkerungswachstum laut UN-Prognosen in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts ausklingen. Sollte dieser Fertilitätsrückgang allerdings langsamer vonstattengehen, könnte das Wachstum auch noch über das Ende dieses Jahrhunderts hinaus anhalten. Wie bald die Weltbevölkerung aufhört zu wachsen, hängt also von den ärmsten Ländern ab.

Weshalb bekommen Frauen heute weniger Kinder?

Die Kinderzahlen gehen immer dann zurück, wenn sich die Lebensbedingungen der Menschen verbessern. Durch eine bessere Ernährung und Gesundheit sinkt zunächst die Sterblichkeit, vor allem unter Kleinkindern. Durch ein steigendes Bildungsniveau – insbesondere von Frauen – und mehr Möglichkeiten zu individueller Lebensplanung sinken später auch die Geburtenraten. Zudem entstehen mit wachsendem Wohlstand Rentensysteme, welche die Rolle der Kinder für die Altersvorsorge übernehmen. Während Industrieländer wie Deutschland diese Entwicklung bereits durchlaufen haben und die Kinderzahlen auf einem niedrigen Niveau von etwa 1,5 Kindern pro Frau liegen, stehen wenig entwickelte Länder noch am Anfang dieses Wandels.

Welche Rolle spielen höhere Lebenserwartungen für das Bevölkerungswachstum?

Die Lebenserwartung ist in den letzten Jahrzehnten global stetig gestiegen und das

trägt zum Bevölkerungswachstum bei. Im Schnitt leben die Menschen heute über 20 Jahre länger als noch Mitte des 20. Jahrhunderts. Einerseits überstehen viel mehr Kinder ihre ersten Lebensjahre, andererseits haben dank besserer Nahrungs- und Gesundheitsversorgung auch ältere Menschen an Lebenszeit hinzugewonnen. Wer in den Industrienationen das Rentenalter erreicht und somit schon viele Sterberisiken hinter sich gelassen hat, hat heute im Schnitt etwa 20 weitere Lebensjahre vor sich. Auch die wenig entwickelten Länder verzeichnen solche Zugewinne.

Greifen diese Trends auch südlich der Sahara?

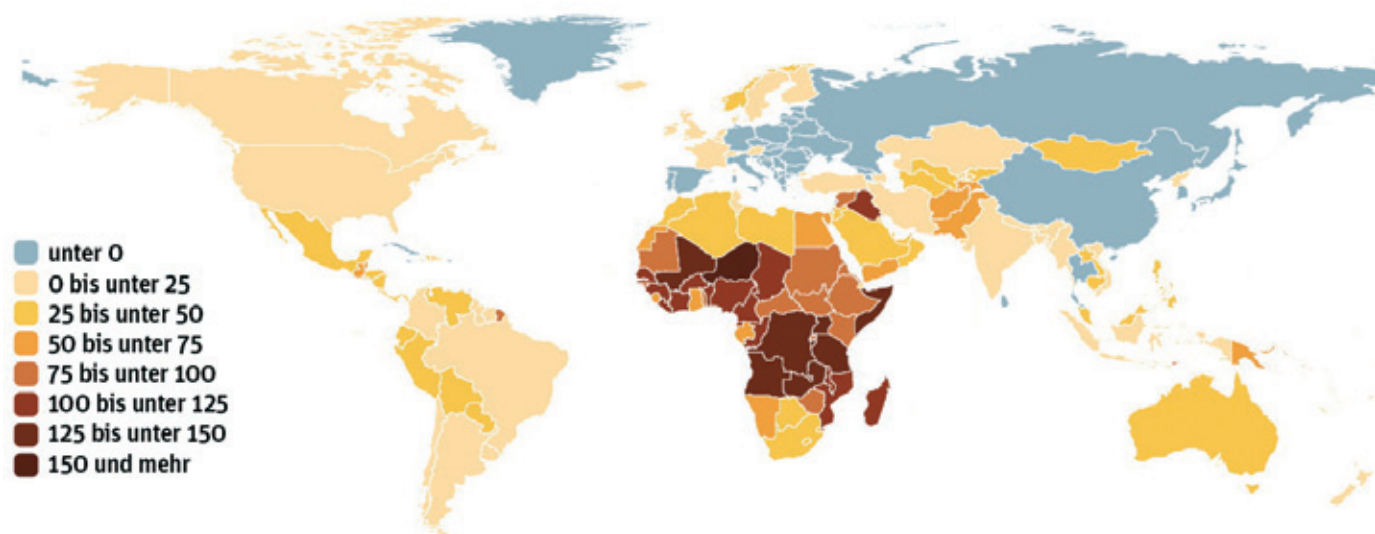
Ja, aber vergleichsweise langsam. In Subsahara-Afrika hat sich die Kindersterblichkeit in den letzten 50 Jahren aufgrund verbesserter Hygiene und Gesundheit bereits mehr als halbiert. Vielerorts wurde das vor allem durch Interventionen von außen ermöglicht, durch Impfprogramme, sauberes Trinkwasser oder Nahrungsmittelhilfen. Doch das Absinken der Fertilitätsraten aufgrund verbesserter Lebensperspektiven, das normalerweise etwa eine Generation später einsetzt, verläuft in den Ländern südlich der



Ghanaische Großmutter mit Enkelkindern – die Geburtenraten sind gesunken, aber die Lebenserwartung ist gestiegen.

Vorausgeschätztes Bevölkerungswachstum, weltweit, in Prozent, 2018 bis 2050

Datengrundlage: UNDESA



Außer in sehr armen oder von Konflikten erschütterten Ländern sind die Geburtenraten überall gesunken.

Sahara bislang deutlich langsamer, als es in anderen Weltregionen in der Vergangenheit der Fall war. Teilweise bleibt diese Anschlussentwicklung sogar fast gänzlich aus. Solange die Geburtenziffern in den Ländern südlich der Sahara weiter auf hohem Niveau verharren, wird die Bevölkerung dort rasant wachsen. Bis zur Mitte des Jahrhunderts dürfte sich die Zahl der Menschen in der Region von heute etwa einer Milliarde auf zwei Milliarden verdoppeln. Ob diese Menschen dann in ihren Heimatländern überhaupt friedlich leben und ausreichend versorgt werden können, ist eine offene Frage.

Müssen wir uns Sorgen über Überbevölkerung machen, obwohl der Wendepunkt in Sicht ist?

In einigen Regionen ist das hohe Bevölkerungswachstum sicher ein Problem. In den Sahelländern etwa leben viele Menschen heute noch überwiegend als Subsistenzbauern oder Nomaden. Ihre Lebensweise wird durch den Klimawandel zunehmend schwieriger und der geringe Bildungsstand verhindert wirtschaftliche Entwicklung

in anderen Sektoren. Gemessen an dem Entwicklungsstand übersteigt die Bevölkerungszahl dieser Länder schon heute die Tragfähigkeit der Gebiete. Es gibt aber noch eine andere Form der Überbevölkerung: In den Industrienationen liegen Ressourcenverbrauch und Schadstoffemissionen – etwa von Klimagasen – weit über dem Niveau, das für stabile Ökosysteme erträglich wäre. Solange sich dort der Konsum nicht deutlich reduziert, sieht es um die Zukunft der Menschheit düster aus.

Was muss die Politik beachten?

Die Regierungen der Industrieländer müssen die Transformation zur Nachhaltigkeit vorantreiben – und sie müssen sich dafür einsetzen, dass in den Ländern mit hohen Kinderzahlen verstärkt in Familienplanung und Bildung investiert wird. Ein besserer Bildungsstand ist der wichtigste Hebel, um den Kreislauf aus anhaltender Armut und hohem Bevölkerungswachstum zu durchbrechen. Zudem gilt es, Arbeitsplätze zu schaffen, damit die große Zahl an jungen Menschen auch eine Zukunftsperspektive hat. Erst wenn die

Menschen ihr eigenes Leben planen können, sinken auch die Kinderzahlen. Das umzusetzen liegt vor allem in der Verantwortung der nationalen Regierungen. Aber sie sind auch auf finanzielle Unterstützung von außen angewiesen, um den Infrastrukturausbau im Bildungs- und Gesundheitsbereich voranzubringen und Arbeitsplätze zu schaffen. Ohne die Hilfe der internationalen Gebergemeinschaft wird sich das Bevölkerungswachstum irgendwann auf schreckliche Weise von selbst begrenzen – durch Hunger, Krankheiten und Krieg. Die Lage ist also durchaus ernst. Aber anders, als die katastrophalen Prognosen über das Wachstum der Weltbevölkerung in den 1960er und 1970er Jahren vermuten ließen, dürfte es durchaus beherrschbar sein, wenn entsprechende Maßnahmen ergriffen werden.



ALISA KAPS
ist Geographin am Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
kaps@berlin-institut.org

Es muss mehr passieren

In Subsahara-Afrika ist die Alphabetisierungsrate gestiegen, und der Zugang zum Internet ist besser geworden. Trotzdem muss noch viel geschehen, damit diese Weltregion aufholt.

Von Alphonce Shiundu

Die UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) sammelt mit Hilfe nationaler Agenturen Daten zur Alphabetisierung. Die Statistiken zeigen, dass 2017 die Alphabetisierungsrate in Afrika südlich der Sahara bei 65 Prozent lag – also ein Drittel der Menschen ab 15 Jahren nicht lesen oder schreiben konnte. 1984 waren es 49 Prozent.

Durch die Millennium Development Goals der UN gab es mehr Gelder für Grundschulen; in vielen Ländern nahm die Unterstützung durch Geber zu. All das hat die Alphabetisierung gefördert, dennoch geht es zu langsam voran – und in der Realität steht es wohl schlechter, als die offiziellen Zahlen vermuten lassen. Einige Länder setzen Einschulungsraten mit Alphabetisierung gleich, wovon die UNESCO abrät.

In afrikanischen Gesellschaften hat mündliches Lernen Tradition. Entscheidend sind Zuhören und Sprechen, während Schule mit Lesen und Schreiben in Verbindung gebracht wird. Diese kulturelle Orientierung besteht nach wie vor, und die Menschen setzen oft Schulbesuch und Alphabetisierung gleich. Für die Regierungen ist das politisch und finanziell sinnvoll: In den letzten Jahren hatte die Ausweitung der formalen Bildung Priorität – auf Qualität wurde nicht sonderlich geachtet.

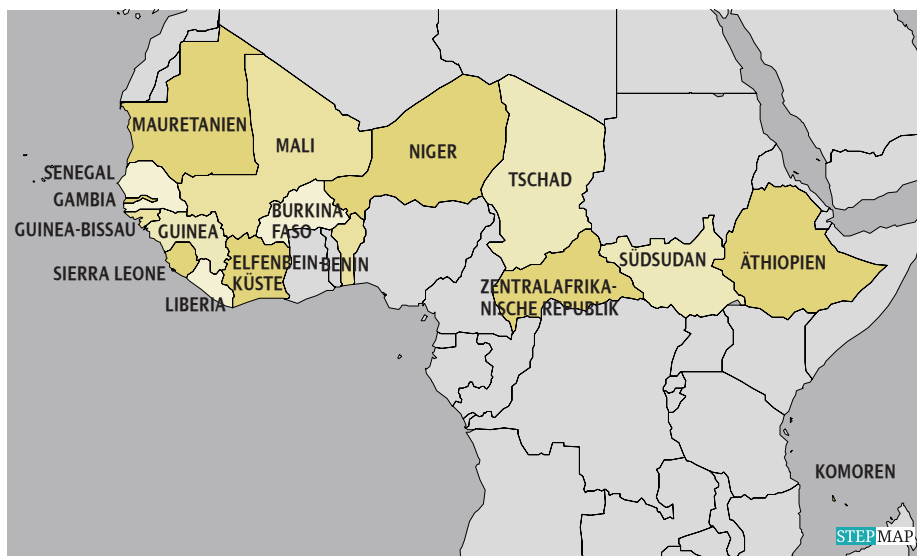
Aus gutem Grund mahnte daher das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) in seinem Bericht über die menschliche Entwicklung 2016, dass in vielen Ländern der Zugang zu Bildung besser geworden sei, die Qualität der Bildung sich aber nicht in gleichem Maße verbessert habe. Im 21. Jahrhundert geht es nicht mehr nur um das Lesen und Schreiben einfacher Inhalte. Es ist zudem wichtig, kritisch zu denken, kreativ zu sein, effektiv zu kommunizieren und mit anderen zu koo-

perieren. Außerdem ist digitale Kompetenz zentral.

Diese Tatsache hat zu Konzepten wie „Computerkompetenz“, „Medienkompetenz“ und „Informationskompetenz“ geführt. 2017 nutzten laut der International Telecommunication Union (ITU), einer UN-Agentur, nur etwa 22 Prozent der Afrikaner das Internet. Das ändert sich schnell: 2005 waren es lediglich 2,1 Prozent. Und dennoch hat die große Mehrheit der Afrikaner weiterhin keinen Internetzugang. Das hat auch mit der Infrastruktur zu tun, aber wer nicht lesen und schreiben kann, kann auch das Netz nicht sinnvoll nutzen.

In den Ballungsgebieten Afrikas können die meisten Erwachsenen inzwischen lesen und schreiben, das erfordert das Stadtleben auch zunehmend, und das ist ein Erfolg. Ermutigend ist ebenfalls, dass laut ITU-Statistiken junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren das Internet fast doppelt so häufig nutzen wie die Gesamtbevölkerung. Allerdings sieht es in vielen ländlichen Gebieten anders aus – obwohl niemand abgehängt werden sollte.

Insbesondere Länder in Subsahara-Afrika verfolgen die Sustainable Development Goals; es wäre daher gut, wenn sie ihre Statistiksysteme vereinheitlichten. Alle Regierungen sollten das UNESCO-Handbuch „Grundsätze und Empfehlungen für die Volkszählung“ nutzen. Immer mehr Länder stärken ihre Datenagenturen, was den Regierungen hoffentlich das Messen von Alphabetisierung erleichtert. Aber auch die



In diesen 17 afrikanischen Ländern liegt die Alphabetisierungsrate noch immer bei unter 50 Prozent.

Es ist daher bedenklich, dass 27 Prozent der Analphabeten in Afrika südlich der Sahara leben, wie die UNESCO schreibt, und in 17 Ländern nur 50 Prozent der Menschen oder weniger lesen und schreiben können.

Diese Länder sind arm und oft durch Bürgerkriege schwer angeschlagen. Armen Menschen geht es ums Überleben, nicht um Bildung. Am schwierigsten ist es, Kindern aus armen Gemeinschaften Bildung zu vermitteln – und in abgelegenen ländlichen Gebieten ist Armut am größten.

Bedürfnisse der digitalen Wirtschaft sind zu berücksichtigen – erfolgreiche Entwicklung hängt langfristig davon ab, ob diese erfüllt werden.



ALPHONCE SHIUNDU
ist derzeit Chevening-Stipendiat und studiert Medien und Entwicklung an der University of Westminster

in London.

<https://twitter.com/Shiundu>

Echte Wahlen

Was Demokratie angeht, ist Senegal ein afrikanischer Vorreiter. Perfekt ist die Demokratie allerdings nicht.

Von Assane Diagne

Nach dem Kollaps des Ostblocks gab es in den meisten frankophonen Ländern Afrikas nationale Konferenzen, die Pluralismus und Demokratie einführten. 1990 hielt zudem der damalige französische Präsident François Mitterrand seine berühmte „La-Baule-Rede“, in der er Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA) an demokratische Regierungsführung knüpfte. Mehrparteiensysteme und echter Wettbewerb bei Wahlen wurden in ehemaligen französischen Kolonien zur Norm.

Senegal war ein Vorreiter. Demokratie und Pluralismus wurden hier früher eingeführt. Nach der Unabhängigkeit 1960 gab es zunächst ein Einparteiensystem, aber schon 1976 traten mehrere Wettbewerber bei Wahlen mit echten Chancen an. Seit Mai 1981 können Bürger ohne Einschränkungen Parteien gründen. Registriert sind etwa 200 Parteien. Wahlen führten 2000 sowie 2012 zu Regierungswechseln.

Als eines von wenigen afrikanischen Ländern hat Senegal keinen Militärputsch erlebt. Unter dem Kommando ziviler Regierungen hat die Armee aber geholfen, die Demokratie in anderen Mitgliedsländern der ECOWAS (Economic Community of West African States – Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten) wieder herzustellen: in Liberia, Sierra Leone, Côte d'Ivoire und jüngst in Gambia (siehe auch Interview mit Vladimir Antwi-Danso in E+Z/D+C e-Paper 2018/02, S. 22).

Senegals Demokratie hat tiefe Wurzeln. Erste unabhängige Zeitungen entstanden im späten 19. Jahrhundert. 1914 war ein Senegalese der erste afrikanische Abgeordnete im französischen Parlament.

Allerdings ist die Demokratie in Senegal nicht perfekt. Es reicht nicht, dass die Bürger ihr Staatsoberhaupt wählen. Nötig wäre auch Gewaltenteilung. 40 Jahre sozialistischer Regierungsführung endeten, als Abdoulaye Wade 2000 die Präsidentschafts-

wahlen gewann. Kaum im Amt, begann er aber, das politische System seinen Bedürfnissen anzupassen. Eine seiner ersten Entscheidungen war die Auflösung des Senats, weil er diese Parlamentskammer nicht kontrollieren konnte. Er richtete sie später neu ein, benannte jedoch selbst alle Mitglieder. Mehrfach gelangen ihm Verfassungsänderungen ohne Parlamentsbeteiligung.

2012 kandidierte er abermals für die Staatsspitze, obwohl die Verfassung für Präsidenten höchstens zwei Amtszeiten vorsieht. Das Oberste Gericht ließ seine Bewerbung zu. Wade hatte alle Richter selbst berufen. Die erneute Kandidatur stieß aber auf breite gesellschaftliche Opposition, und

Salls siebenjährige Amtszeit endet 2019. Offensichtlich wird er langsam nervös. Das Wahlrecht wurde neulich geändert, so dass Kandidaten für die Zulassung nun die Unterstützung von 0,8 Prozent des Wahlvolks brauchen.

Auf dem Pressefreiheitsindex von Reportern ohne Grenzen steht Senegal zurzeit auf Rang 50. Zum Vergleich: die USA sind auf Rang 45, Italien auf 46 und Polen auf 58. Am Ende von Wades Amtszeit war Senegal auf Rang 93 abgerutscht. Regierungskritische Journalisten wurden regelmäßig inhaftiert oder sogar angegriffen. Derzeit sitzt kein Journalist eine Haftstrafe ab, aber Festnahmen kommen gelegentlich vor. Unter Sall wurde ein neues Presserecht eingeführt. Es wird jedoch nicht konsequent angewendet. Auch sind Sicherheitskräfte rabiater gegen Demonstranten vorgegangen.

Angesichts dieser Tatsachen fragt man sich, ob sich die Demokratie im Senegal nur



Wählerin in Dakar.

in der letzten Runde verbündeten sich alle Gegenkandidaten. Deshalb schlug Macky Sall, der unter ihnen in der ersten Runde am besten abgeschnitten hatte, den Amtsinhaber.

Leider neigt auch Präsident Sall zur Manipulation von Institutionen. Er hat seine Macht unter anderem dadurch verfestigt, dass er Parteifreunde an die Spitze öffentlich-rechtlicher Medien berief. So wurde das öffentliche Fernsehen zum Propagandainstrument seiner Partei. Derlei geschieht auch in anderen Ländern, aber die Wirkung ist besonders verheerend, wenn Institutionen vergleichsweise schwach sind.

auf freie Wahlen beschränkt. Es hat derweil den Anschein, dass US-Präsident Donald Trump das Vorbild für Salls zunehmend autoritäres Gebaren ist. In verschiedenen Ländern fühlen sich derzeit Spitzenpolitiker dazu ermutigt, sich weniger Sorgen darüber zu machen, was demokratische Prinzipien für das Ansehen ihrer Regierung bedeuten.



ASSANE DIAGNE
arbeitet im Dakar-Büro von
Africa Check, einer auf
Faktenprüfung spezialisierten
Medienagentur.

assane@africacheck.org

Die Not ist groß – die Wirkung auch

Spende wollen sehen, dass sie mit ihrem finanziellen Beitrag etwas bewirken und das Leben anderer Menschen verbessern können. Hilfsorganisationen müssen deshalb in ihrer Außenkommunikation nicht nur Not darstellen, sondern auch Erfolge sichtbar machen.

Von Esther Dopheide

Abgemagerte Menschen, ausgedörrte Felder, verhungertes Vieh: Jeder kennt die Spendenaufrufe, mit denen gemeinnützige Organisationen für Unterstützung werben. Den Hilfsbedarf in den Armutsregionen der Welt sichtbar zu machen ist Bestandteil nahezu aller Fundraising-Bemühungen. Heißt das, dass der Erfolg von Spendenaufrufen alleine von der Darstellung der Not lebt? Wäre es gar kontraproduktiv, Verbesserungen der Lebenssituation im globalen Süden aufzuzeigen, weil dann die Spendenbereitschaft sinkt?

So einfach ist es nicht. Natürlich ist die Darstellung des Bedarfs wichtig. Kaum jemand spendet für Menschen, denen es an nichts mangelt. Doch immer nur auf die Notsituation aufmerksam zu machen wird auch nicht funktionieren. Vor allem dauerhafte Unterstützer gewinnt man so kaum. Denn die fragen sich irgendwann, was mit dem bisher in das Projekt geflossenen Geld passiert ist und warum die Not trotz aller Bemühungen weiterhin so groß ist. Spendenorganisationen müssen also mit viel Fingerspitzengefühl das Darstellen der Not und das Sichtbarmachen von Erfolgen austarieren.

Jede seriöse Hilfsorganisation betreibt ein umfangreiches Projektmonitoring. Damit kann sie überprüfen und darstellen, inwieweit die gesetzten Ziele erreicht wurden. Diese Auswertungen bilden eine wichtige Basis auch für die Erfolgskommunikation mit Spendern. Wenn beispielsweise die Christoffel-Blindenmission (CBM) mit den Jahresspenden in Höhe von rund 202 000 Euro aus der Stadt Freiburg mehr als 6 700 Operationen am Grauen Star in Afrika,

Asien und Lateinamerika finanzieren kann, dann ist das für viele eine beeindruckende Zahl. Denn sie zeigt: Selbst mit einem geringen Beitrag lässt sich viel bewirken. Eine Operation kostet im Durchschnitt 30 Euro.

Nicht nur in der medizinischen Hilfe ist die Darstellung des Erfolges auf den ersten Blick einfach. Auch bei anderen Maßnahmen, etwa im Bereich der Existenz-

für die Darstellung der eigenen Arbeit nach außen.

Aus diesem Grund begleitet die CBM regelmäßig Menschen, die an von ihr finanzierten Maßnahmen teilgenommen haben. Wie hat sich beispielsweise das Leben der mit 33 Jahren erblindeten Mourine Yilamonyuy aus Kamerun verändert, nachdem sie Workshops zur Existenzgründung und Treffen von Selbsthilfegruppen besucht hat? Es geht nicht nur darum zu zeigen, dass sie ihre eigene Tierzucht aufgebaut hat, mit der sie ihren Lebensunterhalt bestreiten kann. Gerade für Menschen mit Behinderungen bedeutet eine umfassende und dauerhafte Lebensverbesserung mehr als wirtschaftliche Eigenständigkeit – es geht auch darum, ihren sozialen Status zu stärken, um Akzep-



Mourine Yilamonyuy aus Kamerun bestreitet ihren Lebensunterhalt mit ihrer eigenen Tierzucht.

sicherung, gibt es klare und objektive Messgrößen: Ein Mensch ohne oder mit nur geringem Einkommen erhält einen Kleinkredit, um sich ein wirtschaftliches Standbein aufzubauen. Kann der Kreditnehmer nach einer gewissen Zeit seinen Lebensunterhalt decken und den Kredit zurückzahlen, wird das Projekt als Erfolg gewertet.

Wir dürfen allerdings bei allem nachvollziehbaren Verlangen nach objektiver Messbarkeit von Erfolgen nicht vergessen, dass es in erster Linie darum geht, das Leben von Menschen zu verbessern. Ihr persönliches Schicksal darf nicht hinter den nackten Zahlen verschwinden. Das gilt für das interne Monitoring, vor allem aber auch

tanz und um Teilhabe an der Gesellschaft. Objektiv messen und mit Zahlen darstellen lässt sich das kaum.

Deswegen sollten Hilfsorganisationen in der Wirkungsmessung und der Kommunikation den Faktor „Mensch“ als wertvolle Größe an sich nicht außer Acht lassen – genauso wenig wie Erfolgszahlen und die große Not, die trotz aller Fortschritte in weiten Teilen der Welt immer noch herrscht.



ESTHER DOPHEIDE leitet den Bereich Presse und Information der Christoffel-Blindenmission (CBM). esther.dopheide@cbm.de

„Veränderung kann man messen, ihre Gründe nicht“

Imme Scholz, die stellvertretende Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE), war als Expertin an der Delphi-Studie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) beteiligt (s. Kasten Seite 38). Darin werden globale Trends identifiziert, die für Entwicklungspolitik bis 2032 wichtig sind. Im Interview spricht Scholz über den Zusammenhang von Entwicklungserfolgen und Entwicklungshilfe und die Darstellung von beiden in Öffentlichkeit und Politik.

Imme Scholz im Interview mit Katja Dombrowski

Medien berichten häufig über das Elend der Welt wie Hungersnöte und Katastrophen – von Entwicklungserfolgen hingegen hört man eher selten. Was denken Sie: Ist die Welt seit der Jahrtausendwende besser oder schlechter geworden?

Das hängt vom Standpunkt des Betrachters ab. Sicher hat sich der Trend, dass Entwicklungsländer mehr Handlungsspielraum haben, verstärkt. Das kann aber aus Sicht der Industrieländer als Verschlechterung wahrgenommen werden. Denn es stellt eine Machtverschiebung dar. Verschärft wird das noch durch die Zerbröckelung des Westens, die wir aktuell erleben. Der Konsens mit den USA besteht nicht mehr, und er wackelt auch innerhalb der Europäischen Union. Schaut man sich die Daten zu einzelnen Faktoren an, die zum Beispiel die Weltbank erhebt, sieht man auf jeden Fall Erfolge. Die extreme Armut hat abgenommen. Das heißt allerdings nicht, dass das Problem gelöst wäre: Viele Menschen leben noch mit sehr wenig Einkommen. Mein Eindruck ist, dass in vielen Entwicklungsländern Optimismus vorherrscht: dass sie neue Chancen für sich sehen. Die Sichtweise von vielen im Westen, dass die Lage in zahlreichen Bereichen schlechter wird, teilt die Mehrheit eher nicht. Wobei man beachten muss, dass der „globale Süden“ eine sehr heterogene Gruppe ist. In manchen Ländern gab es Verbes-

serungen, in anderen verschlechtert sich die Lage. Ein Beispiel ist Brasilien: Dort haben die Armut und die extreme Ungleichheit der Einkommen zu Beginn des Jahrtausends abgenommen, jetzt ist der Trend wieder gegenläufig. Und überall, wo Krieg herrscht, geht es bergab statt bergauf. Subsahara-Afrika steht ein großes Bevölkerungswachstum bevor, was enorme Herausforderungen mit sich bringt. Dort probieren jetzt Länder wie China und Indien ihre Formen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) aus. Die Karten werden neu gemischt.

Was sind denn die wichtigsten Entwicklungserfolge der vergangenen Jahre?

Als Erstes ist sicher die Verringerung der extremen Armut zu nennen. Man muss sie allerdings im Zusammenhang mit der sozialen Ungleichheit sehen. In manchen Ländern ist es gelungen, beides zu verringern, zum Beispiel in Brasilien, Kambodscha, Mali, Peru und Tansania. In vielen Ländern gibt es ein gestiegenes Interesse am Ausbau sozialer Sicherungssysteme – was ein wichtiger zivilisatorischer Fortschritt ist. Beispiele sind Cash-Transfer-Systeme wie in Mexiko, Indien und Bolivien. Die Sustainable Development Goals (SDGs) fordern nun einen breiten Zugang zu Krankenversicherungen, und eine Altersversorgung wird auch immer wichtiger. Solche Entwicklungen sind auch Bezugspunkte für gesellschaftliche und politische Bewegungen. Ein weiterer wichtiger Erfolg ist, dass Entwicklungsländer in der Lage und bereit sind, mehr Verantwortung zu übernehmen – für Verbesserungen im eigenen Land und für die Lösung globaler Probleme. Dies zeigt sich im Pariser Klimaübereinkommen und in der Agenda 2030: Alle Länder verpflichten sich hier zum Handeln. Entwicklungsländer werden jetzt als Teil der Lösung gesehen und sehen sich selbst auch so. Die Vorstellung, dass der Norden Ziele setzt und dafür Entwicklungsländer unterstützt, ist überwunden. Das spiegelt deren gewachsene Stärke wider.

Welchen Anteil hatte die Entwicklungshilfe an diesen Erfolgen?

Also, die Verringerung der Armut hängt stark mit Wirtschaftswachstum zusammen; sie erfordert aber auch Umverteilung durch höhere Löhne, Steuergerechtigkeit und den Ausbau sozialer Sicherung. Auch andere Faktoren spielen eine Rolle, etwa die Zunahme von Beschäftigung im formellen Sektor. Dadurch gibt es mehr besser abgesicherte Arbeitsplätze. Das hat zum Beispiel in Brasilien zu weniger Armut geführt. Der Rohstoffboom hat das Wirtschaftswachstum angetrieben, aber insbesondere in Afrika nicht zu einer breiten Verringerung von Armut beigetragen. EZ an sich führt nicht zu Wirtschaftswachstum. Bei der sozialen Sicherung kann sie schon mehr bewirken. Viele innovative Verfahren wie die bereits angesprochenen Cash Transfers wurden durch EZ kofinanziert und begleitet. Evaluierungen der Geber zeigen nun Verbesserungsbedarf, um anhaltend positive Wirkungen zu erzielen. Auch für den Ausbau erneuerbarer Energien und andere Maßnahmen des Klimaschutzes leistet die EZ einen wichtigen Beitrag. Hier brauchen die Entwicklungsländer viel technische Unterstützung und Finanzierung. Das Gleiche gilt für den Umweltbereich. Investitionen in den Umweltschutz sind maßgeblich durch die Geber ermöglicht worden, etwa im Tropenwaldschutz in Lateinamerika und Afrika.

Wie kann man den Erfolg von Entwicklungshilfe überhaupt messen?

Messbar ist, welche Bereiche durch EZ-Mittel gefördert werden und wie sich diese Finanzflüsse über die Zeit ändern. So konnte für die Millennium Development Goals (MDGs) gezeigt werden, dass sie zu einer Fokussierung der Finanzströme beigetragen haben. Inwiefern die EZ-Gelder aber ursächlich zu verbesserten Indikatoren wie erhöhtem Schulbesuch und besserem Zugang zu Trinkwasser beitragen, ist schwerer festzustellen. Dafür braucht es länderspezifische Analysen und Evaluierungen. Insgesamt hat die starke Abnahme der Armut vor allem mit Entwicklungserfolgen in China zu tun, die das Land eigenständig erreicht hat. Bei den SDGs wird es komplexer, weil sie sehr viele Handlungsfelder umfassen. Hier wäre es interessant zu vergleichen, welche davon in welchem Umfang durch die EZ unterstützt werden und ob dort, wo die EZ Schwerpunkte setzt, auch schneller Ver-



Viele Brasilianer sind in den vergangenen Jahren zurück in die Armut gefallen: Slumbewohner in Rio de Janeiro.

besserungen erzielt werden. Veränderung kann man messen, aber Kausalbeziehungen herzustellen ist sehr schwer. Dazu ist die Datenlage oft zu dünn. Hilfreich wäre es, wenn die Geber selbst vermehrt ihre Wirkung untersuchen lassen. Dazu wäre eine systematische Evaluierung nötig, nicht nur auf Projektebene, sondern auf der systemischen Ebene, und zwar über längere Zeiträume.

Werden denn positive Veränderungen, die man durchaus messen kann, wie Sie gesagt haben, ausreichend kommuniziert?

Nein, ich finde nicht, dass sie gut genug kommuniziert werden. Das kann man aber dem BMZ nicht vorwerfen. Es liegt hauptsächlich am fehlenden Interesse der Medien. Ich würde mir wünschen, dass Journalisten offener in bestimmte Länder gehen, ohne vorgefertigte Vorstellungen, und dort schauen: Welche Problemlagen sind aus Perspektive der Länder wichtig? Gleichzeitig wünsche

ich mir ein besseres Nachhalten internationaler Prozesse auch in der Tagespresse. Und auch in den demokratischen politischen Parteien wünsche ich mir mehr Interesse an den Entwicklungsländern. Für informierte Entscheidungen können sie auch die politischen Stiftungen stärker nutzen, die in Entwicklungsländern ja sehr präsent sind (siehe E+Z/D+C e-Paper 2017/12, S. 35). Von Stiftungsmitarbeitern habe ich öfter gehört, dass es ausgesprochen schwer ist, innerhalb ihrer Parteien Interesse für Entwicklungspolitik zu wecken. Das gibt mir sehr zu denken. Es ist wichtig, dass die politische Basis für die Entwicklungspolitik nicht wegbreicht. In unserer Gesellschaft hingegen ist das Interesse an nachhaltiger Entwicklung, in den Ländern des Südens wie in Deutschland und Europa, sehr groß. Die Bedeutung der Kooperation mit Entwicklungsländern müsste insbesondere neuen Bundestagsabgeordneten nahegebracht werden. Dabei

geht es nicht nur um Entwicklungsfragen, sondern auch um Sicherheitspolitik, Außenpolitik, Wirtschaftspolitik und so weiter. Es ist wichtig, die Entwicklungsländer als Partner und nicht nur als Objekte der Entwicklungspolitik wahrzunehmen.

Was sind die wichtigsten Faktoren, die Entwicklungserfolge in der nahen Zukunft bestimmen werden?

Die Delphi-Studie bildet das ganz gut ab. Ich finde alle dort identifizierten Trends wichtig. Bevölkerungswachstum zum Beispiel ist vor allem in Afrika ein Thema – in Asien gibt es ja teilweise schon stark alternde Gesellschaften. Digitalisierung ist ein wichtiger Trend, der enorme Auswirkungen auf die komparativen Vorteile von Entwicklungsländern haben wird. So wird die Automatisierung der Produktion den Vorteil niedriger Lohnkosten zunichtemachen und die Integration in die Welt-

märkte erschweren. Dies wiederum könnte einheimischen Unternehmen mehr Chancen auf lokalen und regionalen Märkten eröffnen. Auch der Klimawandel ist von großer Bedeutung, das sieht man ja bereits. In Entwicklungsländern werden viele Veränderungen anders spürbar werden als bei uns, weil sie weniger finanzielle und Wissensressourcen haben, um sich darauf einzustellen. Je weniger die Industrieländer dazu bereit sind, vorsorgend zu handeln, desto größer werden die Belastungen für Entwicklungsländer, vor allem in Afrika und den kleinen Inselstaaten. Interessant an den Trends der Delphi-Studie finde ich, dass sie für Deutschland genauso relevant sind wie für Entwicklungsländer. Die Reaktions- und Vorsorgemöglichkeiten sind ver-

schieden – aber kein Land bleibt verschont. Darin liegt auch eine Chance für Kooperation.

Wie kann eine solche Studie zur Wirksamkeit entwicklungspolitischer Maßnahmen beitragen?

Für die Studie wurden Experten gefragt, ob sie den dargestellten Trends zustimmen und ob Entwicklungspolitik diese Trends positiv beeinflussen kann. Die Zustimmung der Experten zur Relevanz der identifizierten Trends war sehr hoch, aber zur Frage, wie relevant Entwicklungshilfe für die einzelnen Bereiche ist, teilweise sehr unterschiedlich. Darauf kann die Entwicklungspolitik nun reagieren. Sie muss entscheiden, ob sie etwa dort agieren will, wo die Trends sich

am stärksten auswirken oder wo der Hilfebedarf am größten ist und ob sie in neuen Feldern mit innovativen Ansätzen experimentieren will – und diese Experimente dann auch gleichzeitig erforschen und evaluieren lässt. Zu so einer strategischen Debatte kann die Delphi-Studie einen Beitrag leisten, wenn sie im BMZ entsprechend aufbereitet wird. Klar ist, dass das nur der Anfang einer Diskussion ist. Konkrete Handlungsempfehlungen gibt das Papier nicht.



IMME SCHOLZ

ist stellvertretende Direktorin
des Deutschen Instituts für
Entwicklungspolitik (DIE).

imme.scholz@die-gdi.de

Die Zukunft von Entwicklung und Entwicklungspolitik

Wie sieht globale Entwicklung im Jahr 2032 und darüber hinaus aus, und was sind die wichtigsten Antriebskräfte für Veränderung? Dieser Frage ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in seinem zweiten Delphi-Prozess nachgegangen. Die Delphi-Methode beinhaltet ein Befragungsverfahren und dient unter anderem dazu, zukünftige Trends einzuschätzen. Für den aktuellen Prozess wurden 31 Experten befragt, darunter unsere Interviewpartnerin Imme Scholz vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (siehe Haupttext).

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der ersten Delphi-Studie von 2016 und des aktuellen Forschungsstands hat das BMZ 30 Trends formuliert, aufgeteilt auf sechs Themenbereiche. Die Experten, die von Thinktanks, bi- und multilateralen Organisa-

tionen sowie dem Privatsektor im globalen Norden und Süden kamen, sollten angeben, ob sie diesen Trends zustimmen und ob sie der Meinung sind, dass Entwicklungspolitik einen positiven Einfluss auf die Trends haben kann.

Ergebnisse der 2016er Erhebung wurden bestätigt, etwa dass neue Technologien große Veränderungen bringen werden und dass die Verschlechterung der Umweltbedingungen und nicht-nachhaltige Lebensstile sich negativ auswirken werden. Die Teilnehmer betonten zudem, dass zunehmende Fragilität und Ungleichheit auch 2032 große Herausforderungen darstellen werden, dass aber andere Trends, wie die wachsende Urbanisierung, auch Chancen für positive Entwicklung bieten könnten. Zu den neu identifizierten Faktoren gehören unter anderem die Zunahme nationalistischer Tendenzen,

die wachsende Rolle Chinas und die immer mehr um sich greifende Digitalisierung und Automatisierung.

Insgesamt war die Zustimmung der Experten zu den vom BMZ dargestellten Trends hoch. Die meiste Zustimmung erhielt der Trend, dass fragile und von Konflikten betroffene Staaten große Hindernisse für nachhaltige Entwicklung darstellen werden. Auf Platz zwei liegt die Einschätzung, dass die durch Automatisierung hervorgerufenen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt neue Fähigkeiten und darauf ausgerichtete Bildungssysteme erfordern. Fast ebenso viele Experten stimmten darin überein, dass Klimawandel und Umweltzerstörung die Lebensqualität der Menschen zunehmend verschlechtern werden.

Welche entwicklungspolitischen Konsequenzen aus den Trends gezogen werden sollten, ist hingegen weniger eindeutig. Während die Experten zum Beispiel in Bezug auf medizinischen Fortschritt, Klimawandel und Armut große Einflussmöglichkeiten sehen, ist die Skepsis in an-

deren Bereichen groß. Rund ein Drittel der Befragten sieht keine entwicklungspolitische Handhabe gegen den zunehmenden Einfluss Chinas, ein weiteres Drittel nur teilweise. Ähnlich sieht es in Bezug auf die globale Energiewende und die Automatisierung von Arbeit aus.

Das BMZ sieht als Lehre aus dem Delphi-Prozess Handlungsbedarf auf vier Ebenen:

1. Paradigmenwechsel vornehmen,
2. Analyse und Forschung ausbauen,
3. Entwicklungsmaßnahmen anpassen und
4. neue Partnerschaften und Kooperationen aufbauen.

Wie die konkrete Umsetzung aussehen wird, bleibt abzuwarten.

Katja Dombrowski

LINK

Delphi-Studie des BMZ, 2018:
Development policy in 2032.

Global trends and hypotheses on future development cooperation.
https://www.bmz.de/en/publications/type_of_publication/strategies/Strategiepapier445_02_2018.pdf

Mehrheit mit mittleren Einkommen

Der prominente schwedische Arzt und Statistiker Hans Rosling hat seine letzten Lebensjahre der Aufgabe gewidmet, verzerrte öffentliche Wahrnehmungen zu korrigieren. Das Ausmaß der extremen Armut wird generell überschätzt, während globale Erfolge hinsichtlich Bildung und Gesundheit meist unterschätzt werden.

Von Hans Dembowski

Rosling hat seine Sicht der Dinge in dem Buch „Factfulness“ dargestellt. Es erschien kurz nachdem er Anfang dieses Jahres an Krebs gestorben war. Rosling wollte die Öffentlichkeit auf wichtige, aber oft übersehene Trends aufmerksam machen. In Europa und Nordamerika denken die meisten Menschen beispielsweise, dass es eine gewaltige Kluft zwischen einer kleinen Gruppe hochentwickelter Länder und einer großen Gruppe von Entwicklungsländern gibt. Tatsächlich leben aber die meisten Menschen in Ländern mit mittleren Einkommen.

Das spiegelt sich auch in anderen Trends wieder. Die durchschnittliche Lebenserwartung weltweit beträgt heute 70 Jahre, und 80 Prozent aller einjährigen Kinder sind geimpft. Männer, die heute 30 Jahre alt sind, sind im Schnitt zehn Jahre lang zur Schule gegangen. Der Vergleichswert für Frauen im selben Alter ist neun Jahre. Die Differenz ist viel kleiner, als die meisten Menschen annehmen. Die Weltbevölkerung wächst noch, aber und nur, weil die Menschen länger leben als früher. Die Zahl der Kinder nimmt nämlich nicht mehr zu. Nur ein Fünftel der Menschheit hat heute gar keinen Zugang zu Strom.

Rosling lehnte es ab, von entwickelten Ländern und Entwicklungsländern zu reden. Aus seiner Sicht kommt es auf das Einkommensniveau der Menschen an. Sein Buch arbeitet mit vier Kategorien. Menschen auf Ebene 1 haben eine Kaufkraft von bis zu zwei Dollar am Tag. Menschen auf Ebene 2 haben bis zu acht Dollar und solche auf Ebene 3 bis zu 32 Dollar. Wem noch mehr Geld zur Verfügung steht, der gehört zu Ebene 4.

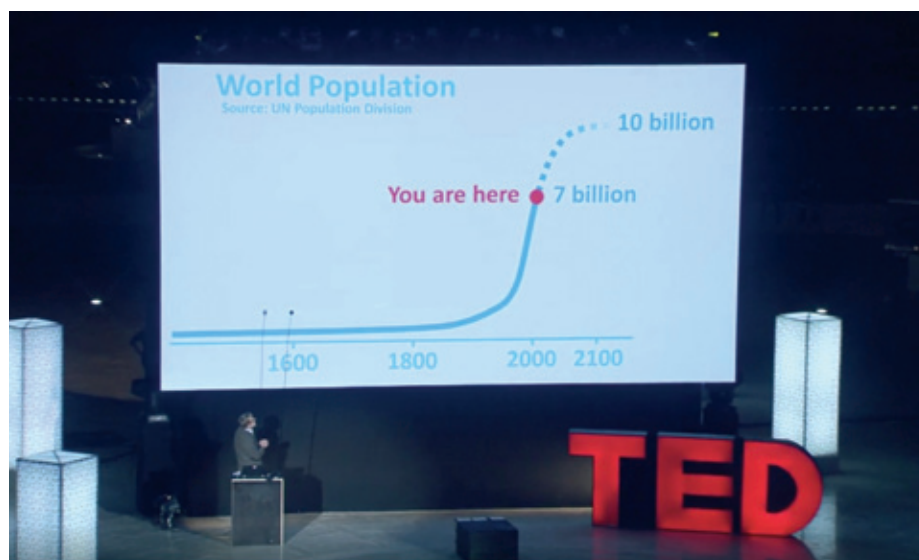
Von rund 7 Milliarden Erdenbürgern, so steht es in Factfulness, leben jeweils rund eine Milliarde auf Ebene 1 und auf Ebene 4. Derzeit leben 3 Milliarden auf Ebene 2 und 2 Milliarden auf Ebene 3. Laut Rosling verdeckt die rhetorische Dichotomie von entwickelten Ländern und Entwicklungsländern die Tatsache, dass die überwältigende Mehrheit der Menschheit von mittleren Einkommen lebt.

Derzeit ist die Spanne der Einkommen auch innerhalb einzelner Länder be-

sind die Co-Autoren des Buchs. Die Argumente entsprechen in vieler Hinsicht dem, was Steven Pinker von der Harvard Universität ausführt (siehe E+Z/D+C e-Paper 2018/07, S. 16). Das Buch der Roslings ist aber leichter zu lesen und unterhaltsamer. Wo Pinker ausführlich und akademisch korrekt Literatur diskutiert, berichtet Hans Rosling oft ebenso anschaulich witzig von seinen persönlichen Erfahrungen als Entwicklungshelfer.

Die Roslings führen aus, dass viele Dinge besser sind als gemeinhin angenommen, aber sie fordern weiterhin zu Engagement auf. So müsse die Menschheit etwa auf den Klimawandel angemessen reagieren, wobei Handeln von soliden Daten geleitet sein müsse.

Die Autoren verwenden weitgehend selbsterklärende Begriffe wie den „Negativitätsinstinkt“, den „Angstinstinkt“ oder den



Hans Rosling bei einem witzigen TED-Vortrag über Religionen und Babys.

achtlich. Am Durchschnittseinkommen gemessen, gehört zum Beispiel Indien zur Ebene 2, wie im Buch erläutert wird. Allerdings gehört eine beachtliche Anzahl reicher Inder zu Ebene 4, während Massen armer Inder auf Ebene 1 ihr Dasein fristen. In der hochentwickelten Europäischen Union dagegen gibt es Menschen, deren Kaufkraft von weniger als 16 Dollar pro Tag der Ebene 2 entspricht.

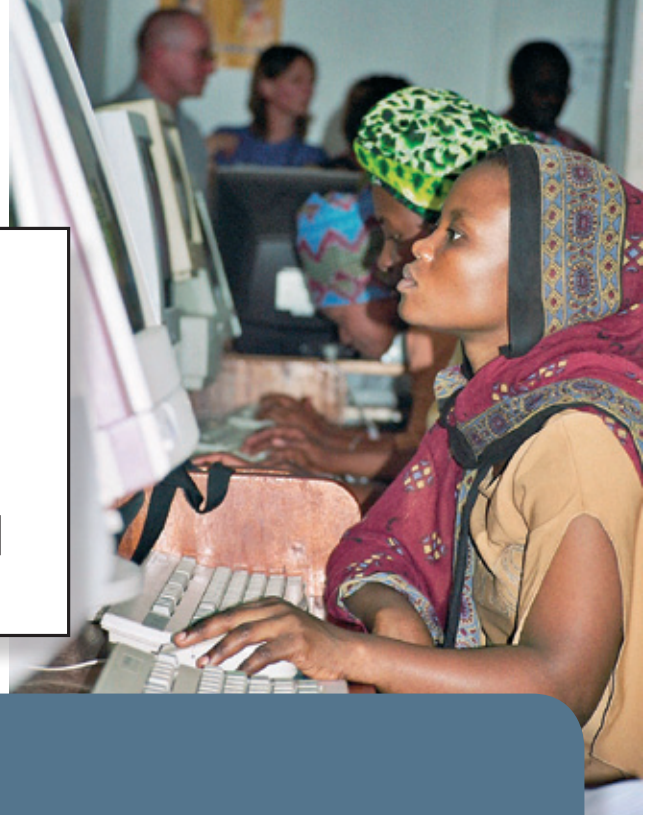
Rosling arbeitete eng mit seinem Sohn Ola Rosling und seiner Schwiegertochter Anna Rosling Rönnlund zusammen. Sie

„Grade-Linien-Instinkt“, um zu erläutern, weshalb Wahrnehmungen oft verzerrt sind. Sie fordern ihr Publikum dazu auf, sich auf Basis zuverlässiger Fakten zu informieren. Die größte Stärke des Buches ist, dass es dieser Aufgabe auf ausgesprochen unterhaltsame Weise dient.

LITERATUR

Rosling, H. mit Rosling, O. und Rosling Rönnlund, A., 2018: Factfulness – Wie wir lernen, die Welt so zu sehen, wie sie wirklich ist. Berlin: Ullstein.

Besuchen Sie
unsere Website
unter www.EundZ.eu



◀ www.eundz.eu

E+Z ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT

Startseite Newsletter E+Z abonnieren Über uns Impressum English

DOSSIERS THEMENFELDER WELTREGIONEN RUBRIKEN AUTOREN ARCHIV BLOG

Suche

DEMOGRAPHIE
20 Jahre länger leben



Aktuelles e-Paper



REGIERUNGSWECHSEL
28.06.2018 – von Afshan Subhani
Extravagante Ikone der



UMWELTSCHUTZ
27.06.2018 – von Virelle Kanyange
Bedrohte Flusspferde

Aktuelle Blog-Beiträge

- It is still too early to assess the future of NAFTA
- Why governments struggle to eradicate the illegal drug trade

Folgen Sie uns

